

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. Mai 1970

Tagesordnung

1. Wahl der 13 Mitglieder des Nationalrates in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß des Nationalrates und Bundesrates gemäß § 9 des Finanzverfassungsgesetzes 1948
2. Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates

Inhalt

Personalien

Entschuldigungen (S. 146)
Ordnungsruf (S. 181)

Geschäftsbehandlung

Richtigstellung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky betreffend Beantwortung zu 40/M (S. 160)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten DDr. König (12/M), Dr. Spanocchi (25/M), Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs (54/M), Sandmeier (21/M), Zeillinger (57/M, 70/M), Dr. Koren (22/M, 30/M), Meißl (64/M, 66/M), Kostroun (61/M), Mitterer (28/M), Peter (62/M), Tödling (8/M), Robert Weisz (41/M), Glaser (15/M), Preußler (51/M), Melter (53/M, 68/M), Babanitz (65/M), Ing. Helbich (31/M), Staudinger (34/M) und Machunze (36/M) (S. 146)

Ausschüsse

Wahl der Mitglieder in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß gemäß § 9 des Finanzverfassungsgesetzes 1948 (S. 160)
Zuweisungen (S. 159)

Wahlen in Institutionen

Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates (S. 161)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen, betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Öfen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde (27/J) (S. 161)

Begründung: Dr. Kranzlmayr (S. 162)

Mündliche Beantwortung: Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 164)

Debatte: Dr. Karasek (S. 167), Robert Weisz (S. 170), Peter (S. 173), Glaser (S. 174), Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 177, S. 181 und S. 184), Dr. Koren (S. 179), DDr. Pittermann (S. 182) und Mitterer (S. 183)

Eingebracht wurden

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Öfen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde (27/J)

Melter, Peter und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend lawinensicherer Ausbau der Bundesstraße 1 im Arlberggebiet (28/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Bahnübergang Bludenz—Bürs (29/J)

Melter, Peter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Urlaubsaushilfen im Postdienst (30/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Postamt in Bregenz-Vorkloster (31/J)

Melter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Güterbahnhof Wolfurt (32/J)

Dr. Koren und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Verhinderung einer Fusion von ÖMV und ÖSW (33/J)

Peter und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Ausbau einer zweiten Fernmeldekabelstrecke Linz—Steyr (34/J)

Robak, Müller, Babanitz und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend das Finanzamt Eisenstadt (35/J)

Kriz, Haas und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Zufahrt zur Donaubrücke Krems (36/J)

Dr. Tull, Thalhammer und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Überreichung eines Forderungsprogramms für die öffentlich Bediensteten durch den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund (37/J)

Robert Weisz, Kosteletzky und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Einstellung von Beamten beziehungsweise Vertragsbediensteten der Verwendungsgruppen A, a sowie B, b im Bundeskanzleramt und bei den dem Bundeskanzleramt unterstehenden Dienststellen (38/J)

DDr. Pittermann, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Einmischung eines Diplomaten der griechischen Botschaft in österreichische innerstaatliche Angelegenheiten (39/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr 10 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Ing. Karl Hofstetter, Mayr, Soronics und Ho-rejs.

Fragestunde

Präsident: Wir kommen zunächst zu den in der 4. Sitzung nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: 17. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. König (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Unterricht.

12/M

Sind Sie, Herr Minister, bereit, in Ihrem Ressort durch Schaffung eines eigenen Budgetansatzes die Förderung des Jugendrates für Entwicklungshilfe von den bürokratischen Abwicklungsschwierigkeiten des IKFE zu entlasten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Unterricht **Gratz:** Das interministerielle Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer wurde auf Grund eines Ministerratsbeschlusses im Jahre 1963 gegründet. Aufgabe dieses Komitees, dessen Geschäftsführung bei der Sektion V des Bundeskanzleramtes liegt, ist es, die Anträge der einzelnen Ressorts im Rahmen der Entwicklungshilfe zu prüfen, zu koordinieren und die Genehmigung der Bundesregierung zur Vergabe der Mittel aus der beim Bundesministerium für Finanzen zentral geführten Kreditpost zu erwirken. Die widmungsgemäße Verwendung der bewilligten Mittel wird durch das Bundesministerium für Finanzen geprüft.

Ein Abgehen von dieser Vorgangsweise und die damit verbundene Dezentralisierung der Verwaltung der Entwicklungsgelder bedürfte einer neuerlichen Initiative der Bundesregierung und der Genehmigung der Aufteilung der Kredite durch den Nationalrat im Rahmen der Beschlußfassung über das Bundesfinanzgesetz.

Herr Abgeordneter! Mir persönlich sind aus meiner Tätigkeit als Abgeordneter die Beschwerden der Jugendorganisationen über gewisse bürokratische Hemmnisse bekannt. Ich habe mir vorgenommen, zu prüfen, inwieweit bei Beibehaltung der Zentralisierung und der Koordination der Entwicklungshilfe hier Ab-

hilfe geschaffen werden könnte, um diese bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Herr Minister! Heißt das, daß Sie im Sinne Ihrer Ausführungen eine solche Initiative in der Bundesregierung ergreifen wollen, um analog zum Bundesjugendplan auch hier eine reibungslose Abwicklung der Entwicklungshelferaufgaben des Jugendrates für Entwicklungshilfe zu gewährleisten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Herr Abgeordneter! Ich werde das Problem in der Bundesregierung anlässlich der Beratungen des Bundesfinanzgesetzes für das kommende Jahr zur Sprache bringen. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß ich mich persönlich derzeit noch nicht darauf festlegen kann, unbedingt für eine Budgetpost im Bundesministerium für Unterricht einzutreten, weil ich glaube, daß doch berücksichtigt werden muß, daß von einem kleinen Land wie Österreich, das ohnedies keine ungeheuren Beträge für Entwicklungshilfe ausgibt, eine gewisse sinnvolle Koordinierung der Tätigkeit aller Organisationen und auch aller Ressorts notwendig ist.

Präsident: Herr Dr. König.

Abgeordneter DDr. **König:** Durch die Bereitschaft Ihres Vorgängers, im Verein mit dem Finanzminister für 1970 insgesamt 3,25 Millionen Schilling dem Jugendrat für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, war es möglich, bisher 36 Entwicklungshelfer von Österreich aus zu entsenden. Durch die Schwierigkeiten in der verwaltungstechnischen Abwicklung und Einreichung der Projekte im IKFE wurden aber diese Entwicklungshelfer über die ganze Welt zerstreut. Es wäre daher eher im Sinne eines koordinierten Einsatzes gelegen, dies tatsächlich an einer Stelle zu belassen und an einer Stelle durchzuführen.

Ich frage daher, ob Sie auch bereit sind, im kommenden Jahr einen Betrag, der etwa um 4½ bis 5 Millionen liegt, von Ihrem Ministerium aus zu vertreten.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Gratz:** Herr Abgeordneter! Ich möchte mich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf einen Betrag festlegen, möchte aber eindeutig erklären, daß ich die Tätigkeit des Jugendrates für Entwicklungshilfe sehr hoch schätze, weil ich glaube, daß gerade — ich sagte es bereits — in einem kleinen Land wie Österreich die sinnvolle Verbindung von staat-

Bundesminister Gratz

lichen Geldausgaben mit Initiative von — wie in diesem Fall — Jugendorganisationen die beste Art ist, Entwicklungshilfe zu betreiben.

Ich werde mich daher für eine Möglichkeit der Verstärkung der Tätigkeit des Jugendrates für Entwicklungshilfe einsetzen und darüber hinaus jedenfalls dafür, daß auch für den Jugendrat durch die Koordinierung nicht eine Verzögerung oder eine Verschlechterung seiner Arbeit eintritt.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundeministerium für Finanzen

Präsident: Wir kommen nun zur 18. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Doktor Spannocchi (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

25/M

Welche Sofortmaßnahmen auf steuerlichem Gebiet werden derzeit im Bundesministerium für Finanzen vorbereitet?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Unvorgreiflich der zur Begutachtung gelangenden diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen ist beabsichtigt, neben der in der Regierungserklärung angekündigten Progressionsmilderung folgende Maßnahmen ins Auge zu fassen:

eine Milderung der Steuerbelastung bei Überstundenleistung;

eine Erhöhung der Grenze für den amtswegigen Jahresausgleich von 48.000 auf 60.000 S;

eine Erhöhung der Grenze, ab der unselbstständig Erwerbstätige gemeinsam veranlagt werden, von 150.000 auf 200.000 S;

eine Erhöhung des Freibetrages für Nebenverdienste gemäß § 93 Einkommensteuergesetz von 5000 auf 7000 S;

eine Erhöhung des Absetzbetrages für die mittätige Ehegattin von derzeit 15.000 auf 18.000 S;

die Berücksichtigung der Baukostenbeiträge, soweit die Gebäude von Gebietskörperschaften errichtet werden, im Rahmen der Sonderausgaben.

Es handelt sich also im wesentlichen um Maßnahmen, die dazu dienen, Härten zu mildern, die dadurch entstanden sind, daß die Beträge lange Zeit unverändert geblieben sind, und gleichzeitig um Maßnahmen, die uno actu dazu dienen sollen, einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung zu leisten.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Spannocchi.

Abgeordneter Dr. **Spannocchi:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Bitte, sind Sie bereit, mit den Partnern im Finanzausgleich, mit den Ländern und mit den Gemeinden, über Steueränderungen, die zum Beispiel die gemeinschaftlichen Bundesabgaben betreffen, in diesem Fall zu verhandeln?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Ich habe die Absicht, mich an die diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften zu halten.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Spannocchi.

Abgeordneter Dr. **Spannocchi:** Darf ich noch fragen, ob Sie auch bereit sind, diesen beiden Partnern, falls die Steueränderungen Ausfälle bei den Steuereinnahmen bringen, auch Ersatz für die Dauer des geltenden Finanzausgleiches zu leisten.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Der geltende Finanzausgleich ist für entsprechend lange Zeit geschlossen, und es wird im Zusammenhang mit den Gesprächen, die auf Grund des Finanzausgleiches zu führen sind, diese Frage zu erörtern sein.

Präsident: 19. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Oskar Weihs (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

54/M

Wie hat sich der Anteil der Eigeninvestitionen des Bundes am Gesamtbudget in den Jahren 1967 bis 1970 entwickelt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Eigeninvestitionen des Bundes brutto gerechnet einschließlich Landesverteidigung haben sich in absoluten Beträgen von 1967 auf 1970 wie folgt entwickelt: Sie betrugen gemäß dem Rechnungsabschluß 1967 7½ Milliarden und sind im Bundesvoranschlag 1970 mit 9,7 Milliarden präliminiert. Anteilsmäßig bedeutet dies, daß diese Ausgaben im Rahmen des Budgets 1967 10,7 Prozent ausgemacht haben, im Budget 1970 allerdings nur mehr 9,6 Prozent ausmachen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Weihs.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs:** Heißt das, Herr Bundesminister, daß der Straßenbau, der Schulbau und sonstige Infrastrukturaufgaben schon so weit erfüllt sind, daß dieser Rückgang der Eigeninvestitionen des Bundes gerechtfertigt ist?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Ich bin der Meinung, daß, wie ja auch aus den verschiedenen Forderungen und Wünschen hinsichtlich Straßenbau, insbesondere aber auch hinsichtlich des Schulbaues und anderer Infrastruktureinrichtungen hervorgeht, die nicht unmittelbar im Budget zu decken sind, leider davon keine Rede sein kann und daß der sozialen und ökonomischen Bedeutung der Infrastruktur nicht die nötige Bedeutung beigemessen wurde.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Weihs.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs:** Herr Bundesminister! Welche Vorsorge werden Sie für einen sachgerechten Ausbau der Infrastruktur in der Zukunft treffen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Sie wissen, welche budgetäre Situation zu übernehmen war und welche Beschränkungen diese für die nächsten Jahre diesbezüglich auferlegt. Es wird daher zu prüfen sein, welche Möglichkeiten der Bedienung der Infrastruktur außerhalb des Budgets gegeben sind, um eine aus sozialen und ökonomischen Gründen entsprechende Weiterentwicklung dieses Bereiches zu ermöglichen.

Präsident: 20. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Sandmeier (*OVP*) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

21/M

Werden im Bundesministerium für Finanzen Vorarbeiten für die Verlängerung der mit 31. Dezember 1970 befristeten Sondersteuern durchgeführt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Hinblick auf die, wie Sie wissen, dringend notwendige Konsolidierung des Budgets wird, wie ich in der Öffentlichkeit schon mehrmals dargetan habe, ein gänzlich ersatzloses Auslaufen der von Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, mitbeschlossenen Sondersteuern nicht möglich sein.

Präsident: Herr Abgeordneter Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier:** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben also — das darf ich aus Ihren Ausführungen feststellen — Ihre Meinung, die Sie seinerzeit bei der Beschlußfassung dieser Sonderabgaben in diesem Hause vertreten haben, geändert, und zwar haben Sie sie sehr rasch geändert. Sie haben doch ganz vehement dagegen gesprochen.

Da Sie ja diese Abgaben beibehalten wollen, frage ich Sie nunmehr: Beabsichtigen Sie, diese Zuschläge als solche beizubehalten, oder beabsichtigen Sie, diese Zuschläge in den Einkommensteuertarif einschleifen zu lassen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Was mein früheres Verhalten als Abgeordneter betrifft, so ist es richtig, daß ich dagegen gestimmt habe, wie ich auch verschiedene andere Maßnahmen nicht gebilligt habe. Ich bin leider nicht in der Situation, das Budget 1966 zu machen, sondern ich habe den verfassungsmäßigen Auftrag, der mit dieser Funktion verbunden ist, das Budget 1971 vorzubereiten, und das ist eine ganz andere Situation. (*Abg. Suppan: Was war mit dem Budget 1966, Herr Minister? — Abg. Deutschmann: Das weiß er ja nicht! — Abg. Machunze: Drinnen sieht es anders aus als draußen!*)

Der zweite Teil Ihrer Frage, Herr Abgeordneter, wird erst endgültig nach dem Abschluß der Bestandsaufnahme zu beantworten sein, aber heute kann schon gesagt werden, daß ein ersatzloses Auslaufen nicht möglich sein wird.

Präsident: Herr Abgeordneter Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier:** Herr Bundesminister! Sie haben eben wieder betont, wie Sie das sehr häufig auch in der Öffentlichkeit getan haben, daß an ein ersatzloses Auslaufen nicht zu denken sei. Das bedeutet aber, daß unter Umständen einige dieser Sonderzuschläge auslaufen, daß Sie aber dafür einen Ersatz vorsehen wollen. An welche Sonderabgaben denken Sie, die etwa auslaufen sollen, und welchen Ersatz haben Sie sich dafür vorgestellt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bitte um Verständnis, wenn ich die vorher gegebene Antwort wiederhole: Das wird im Zuge der Bestandsaufnahme endgültig zu entscheiden sein.

Präsident: 21. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Zeillinger (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

57/M

Werden im Bundesministerium für Finanzen Vorarbeiten für eine Erhöhung der Mineralölsteuer, die zu einer Verteuerung des Benzens und Dieselöles führen würde, geleistet?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bundesministerium für Finanzen werden keine Vorarbeiten für eine Erhöhung der Mineralölsteuer geleistet.

Präsident: Herr Abgeordneter Zeillinger.

Abgeordneter **Zeillinger:** Herr Bundesminister! Können Sie also ausschließen — die Frage stützt sich darauf, daß Pressemeldungen unwidersprochen geblieben sind, wonach etwa vom Bautenministerium für eine Zusatzfinanzierung des Autobahnbaues eine Erhöhung der Mineralölsteuer vorgenommen werden sollte —, daß es durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer zu einer Verteuerung des Benzins, vor allem des Dieselöles, kommen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Ich glaube, hier liegt ein Mißverständnis vor. Sie sprechen von der Mineralölsteuer und meinen — das entnehme ich Ihrer Zusatzfrage — die Bundesmineralölsteuer. Ich erkläre daher noch einmal: An eine Erhöhung der Mineralölsteuer ist nicht gedacht. (*Abg. Dr. Withalm: Der Bundesmineralölsteuer!*)

Präsident: 22. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Professor Dr. Koren (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

22/M

Mit welchem Ausfall an Staatseinnahmen rechnen Sie durch die vom Bundeskanzler angekündigte Progressionsmilderung per 1. Jänner 1971?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Erst wenn die Art und das Ausmaß der Progressionsmilderung des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifes feststeht, wird der voraussichtliche Ausfall für Bund, Länder und Gemeinden annähernd ermittelt werden können. Im gegebenen Zeitpunkt wird der Gesetzentwurf zur Begutachtung durch die gesetzlichen Interessenvertretungen und die Gebietskörperschaften versendet werden; den Erläuternden Bemerkungen wird dann selbstverständlich die Höhe der anzunehmenden Mindereinnahmen zu entnehmen sein.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren:** Herr Bundesminister! Bedeutet das, daß jene Vorschläge, die mir in Ihrer Gegenwart Bürgermeister Slavik bei den Regierungsverhandlungen gemacht hat und die einen Ausfall von 2,8 Milliarden Schilling brutto an Steuereinnahmen bedeutet hätten, Vorschläge, die damals als zum härtesten Kern des Regierungsprogramms gehörig bezeichnet wurden, nun von Ihnen fallengelassen worden sind?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe nicht taxativ, sondern nur demonstrativ eine Reihe von Maßnahmen auf eine andere Anfrage, an welche Sofortmaßnahmen gedacht ist, aufgezählt, wozu — was ich auch erwähnt habe — der Grundsatz kommt, daß per 1. Jänner 1971 eine Progressionsmilderung Platz greifen soll, die dem Grundsatz entspricht, daß die durch die Preissteigerungen erfolgten Lohnabgeltungen nicht weggesteuert werden sollen. (*Abg. Doktor Withalm: Das war keine Antwort auf die Frage!*)

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren:** Herr Bundesminister! Was hat die gegenwärtige Bundesregierung bewogen, von dem als „härtesten Kern“ bezeichneten Termin 1. Juli 1970 für eine Steuersenkung nunmehr abzugehen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Androsch:** Herr Abgeordneter! Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, ist es eine langjährige Forderung, eine Vereinfachung der Lohnverrechnung herbeizuführen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Withalm: Reden wir von etwas anderem!*) Die Änderung der Steuersätze während des Jahres — wie Sie ebenfalls wissen, gibt es hier sehr unliebsame Erfahrungen aus der letzten Legislaturperiode — hätte aber eine sehr wesentliche Erschwernis der Lohnverrechnung gebracht. Schon aus verwaltungstechnischen Gründen hat sich daher der 1. Jänner 1971 für die Durchführung einer Milderung der Lohn- und Einkommensteuerprogression angeboten. (*Abg. Dr. Withalm: Das hat der Slavik nicht gewußt? — Abg. Dr. Fiedler: Eine solche Antwort hätte der frühere Abgeordnete Androsch nicht entgegengenommen!*)

Präsident: Ich danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: Wir kommen zur 23. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

64/M

Werden Sie einen Ministerialentwurf für eine Novelle zum Handelskammergesetz ausarbeiten lassen, der die Einführung des amtlichen Stimmzettels bei den Handelskammerwahlen vorsieht?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Staribacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Nachdem die Verhandlungen

Bundesminister Dr. Staribacher

über dieses Problem sehr weit fortgeschritten sind, kann ich Ihnen versichern, daß wir im Laufe dieser Legislaturperiode eine entsprechende Gesetzesnovelle beantragen werden.

Präsident: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter **Meißl:** Herr Bundesminister! Können Sie einen konkreten Termin angeben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Einen konkreten Termin kann ich deshalb noch nicht angeben, weil ich Ihnen ja mitgeteilt habe, daß die Verhandlungen schon sehr weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen sind. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Präsident: 24. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Kostroun (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

61/M

An welchen Schwerpunkten wird sich die durch die Regierungserklärung in Aussicht gestellte Reform der Gewerbeordnung ausrichten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Die Bundesregierung hat bereits in der Regierungserklärung festgehalten, nach welchen Grundsätzen sie die Gewerbeordnung novellieren wird. Das Ministerium wird einen diesbezüglichen Vorschlag ausarbeiten.

Präsident: Herr Abgeordneter Kostroun.

Abgeordneter **Kostroun:** Ich frage Sie, Herr Minister: Bis zu welchem Zeitpunkt rechnen Sie mit der Fertigstellung beziehungsweise mit der Einbringung der Regierungsvorlage zur Schaffung einer neuen Gewerbeordnung?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ein endgültiger Zeitpunkt kann von mir noch nicht terminmäßig festgelegt werden, weil — wie Sie ja wissen, Herr Abgeordneter — über diese sehr komplizierte Materie auch in der abgelaufenen Legislaturperiode eingehendste Verhandlungen notwendig waren. Ich werde mich aber natürlich bemühen, sobald wie möglich einen diesbezüglichen Entwurf fertigzustellen.

Präsident: Herr Abgeordneter Kostroun.

Abgeordneter **Kostroun:** Es ist Ihnen, Herr Minister, genauso wie der gesamten Öffentlichkeit bekannt, daß es in der früheren Regierung auf Grund der Differenzen, die zwischen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft einerseits und dem Landwirtschaftsministerium auf der anderen Seite bestanden, nicht möglich war, dem Parlament den Gesetzentwurf zur Schaffung einer neuen Gewerbe-

ordnung zuzuleiten. Verursacht waren die Differenzen wegen der Frage der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Werden Sie sich bemühen, daß auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften endlich in alle Ordnungsfaktoren der neuen Gewerbeordnung einbezogen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich werde mich bemühen, Herr Abgeordneter, insbesondere im vorparlamentarischen Raum, das heißt durch engen Kontakt und Aussprachen zwischen den Interessenvertretungen, ein für alle tragbares Kompromiß herauszubringen, um einen endgültigen Entwurf dann vorzulegen, der, wie ich hoffe, auch die Zustimmung des Hauses finden wird.

Präsident: 25. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Mitterer (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

28/M

Wie viele Personen haben Sie in Ihrem Ministerbüro eingestellt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe in meinem Ministerbüro 11 Beschäftigte, das sind um 2 weniger, als bisher dort gewesen sind. Wenn man die Presseabteilung, die ja eng mit dem Ministerbüro liiert ist, dazurechnet, so sind derzeit 13 gegenüber seinerzeit 18 Beschäftigten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Herr Abgeordneter Mitterer.

Abgeordneter **Mitterer:** Herr Bundesminister! Wenn es sich um amtsfremde Personen handelt: Aus welchem Titel werden Sie deren Besoldung vornehmen, da ja im Budget dafür nichts vorgesehen ist? Ganz abgesehen davon, daß die genannten Ziffern meiner Meinung nach nicht stimmen. Es wurde vom Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky heute erklärt, es waren 18 Personen in der Presseabteilung tätig. Eine so große Anzahl war es überhaupt nie. Es waren in Wirklichkeit vier. Aber das ist nicht eine Frage für Sie; eine entsprechende Frage werde ich an den Herrn Bundeskanzler selber stellen.

Es geht vielmehr um die Frage: Wie viele amtsfremde Personen haben Sie eingestellt und aus welchem Titel besolden Sie sie?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Bundesminister a. D.! Ich werde hier denselben Vorgang wählen, den auch Sie gewählt haben.

Bundesminister Dr. Staribacher

Das heißt, es erfolgt eine Refundierung an die Stelle, die die Kräfte abstellt.

Präsident: Herr Abgeordneter Mitterer.

Abgeordneter **Mitterer:** Herr Bundesminister! Hier handelte es sich um zwei Personen und bei Ihnen — wenn ich richtig informiert bin — um zehn. Es dürfte sich also hier um eine ganz erhebliche Differenz handeln. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ich würde also glauben, daß die Frage der Refundierung im Budget vorgesehen gewesen ist. Die Refundierung für mehr ist aber nicht vorgesehen. Aus welchem Titel wollen Sie das bezahlen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß es sich nicht um zehn Personen handelt, sondern um sieben. Zweitens möchte ich dabei festhalten, daß auch Sie im Budget entsprechende Ansätze gehabt haben, und zwar auch für die von Ihnen ins Amt mitgebrachten Personen. Es wird daher im Budget die entsprechende Bedeckung gefunden werden. *(Neuerlicher Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Präsident: 26. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Peter *(FPO)* an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

62/M

Werden Sie einen Ministerialentwurf für eine Novelle zum Berggesetz 1954 ausarbeiten lassen, der eine Mitwirkung der Länder bei der Vergabe von Bergwerksberechtigungen vorsieht?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Herr Abgeordneter! Es besteht nach Auffassung des Ministeriums derzeit keine Notwendigkeit, das Berggesetz 1954 zu novellieren.

Präsident: Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Da nach Ihrer Auffassung keine Veranlassung besteht, das Berggesetz aus 1954 zu novellieren, darf ich Sie bitten, mir zu sagen, wie Sie jenen Bedenken des Landes Tirol und der Tiroler Fremdenverkehrswirtschaft im Raume Kitzbühel zu entsprechen gedenken, um die sehr gravierenden Argumente, die gegen den Kupferbergbau in diesem Gebiet vorgebracht werden, zu berücksichtigen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich habe von dieser Angelegenheit sofort nach meinem Amtsantritt durch einen Brief des Landeshauptmannes für Tirol erfahren. Ich habe ihm

selbstverständlich unverzüglich geantwortet. Ich habe ihm Aufklärung gegeben, wie die Sachlage ist, die ich von meinem Amtsvorgänger vorgefunden habe. Ich hoffe, daß ich mit diesem Brief die Bedenken des Herrn Landeshauptmannes zerstreuen konnte.

Präsident: Herr Abgeordneter Peter.

Abgeordneter **Peter:** Was beabsichtigen Sie weiter zu tun, Herr Minister, wenn sich herausstellen sollte, daß es Ihnen nicht gelungen ist, mit diesem Brief die Bedenken des Landeshauptmannes von Tirol zu zerstreuen? Dies anzunehmen, habe ich berechtigten Grund.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Staribacher:** Ich kann diese Meinung leider nicht teilen, denn sonst hätte der Herr Landeshauptmann mir das sicher bereits mitgeteilt. Ich kann Ihnen aber versichern, daß ich die Oberste Bergbehörde ersucht und entsprechend angewiesen habe, sie möge alle beteiligten Stellen, auch diejenigen, die nach dem AVG nicht beteiligt sind, zumindest informieren, daß in Zukunft Vorkommnisse, wie sie sich in Röhrendorf ereignet haben, nicht mehr Platz greifen können.

Präsident: Ich danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Wir kommen nun zum Aufruf der Anfragen, die für die Fragestunde der 5. Sitzung vorgesehen waren.

Die 1. Anfrage ist die Anfrage des Herrn Abgeordneten Tödling *(ÖVP)* an den Herrn Bundesminister für Inneres.

8/M

Wird bei der Verschrottung eines Kraftfahrzeuges von der Zulassungsbehörde der Typenschein eingezogen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Inneres **Rösch:** Herr Abgeordneter! Typenscheine werden in keinem Fall, also auch nicht bei einer Verschrottung eines Fahrzeuges, von den Behörden abgenommen.

Präsident: Herr Abgeordneter Tödling.

Abgeordneter **Tödling:** Herr Bundesminister! Dem Vernehmen nach hat es mit solchen Typenscheinen dunkle Autogeschäfte nach Ostländern gegeben. Sind Sie nicht der Meinung, daß solchen Möglichkeiten entsprechend begegnet werden soll, indem diese Typenscheine eingezogen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Ich teile die Meinung, Herr Abgeordneter, daß man solchen Bewegungen von Autos durch die Abnahme der Typenscheine Einhalt gebieten soll. Die derzeitige gesetzliche Regelung bietet jedoch keine Möglichkeit für das Einziehen des Typenscheines.

Präsident: Herr Abgeordneter Tödling.

Abgeordneter **Tödling**: Herr Bundesminister! Sind Sie bereit, dem Hohen Hause entsprechende gesetzliche Vorschläge in dieser Richtung zu machen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Ich wäre gerne bereit, wenn ich zuständig wäre. Zuständig für dieses Gesetz ist aber der Herr Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie. *(Heiterkeit.)*

Präsident: 2. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Robert Weisz *(SPO)* an den Herrn Bundesminister für Inneres.

41/M

Wurden von Ihrem Amtsvorgänger nach der Nationalratswahl vom 1. März 1970 noch wichtige personelle Veränderungen vorgenommen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Rösch**: Herr Abgeordneter! An wichtigen personellen Veränderungen seit dem 1. März 1970 wurde im Bundesministerium für Inneres die im Jahre 1969 aufgelöste Abteilung 4 wiedererrichtet und mit dem damaligen Leiter des Sekretariats meines Amtsvorgängers als Vorstand besetzt.

Präsident: Herr Abgeordneter, keine Zusatzfrage? — Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: 3. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Glaser *(OVP)* an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

15/M

Werden Sie bei der nächsten Novelle zum ASVG. beantragen, eine Bestimmung einzubauen, wonach die der Schulpflicht unterliegenden Schülerinnen von Caritas-Haushaltsschulen genauso behandelt werden wie die Schüler von Polytechnischen Jahrgängen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Vizekanzler Ing. **Häuser**: Herr Abgeordneter! Ihre Anfrage bezüglich der Bestimmungen für die der Schulpflicht unterliegenden Schülerinnen der Caritas-Haushaltsschulen darf ich im konkreten — wie sie gestellt ist — dahin gehend beantworten, daß es im ASVG. keine Vorschriften über die Behandlung von Schü-

lern Polytechnischer Jahrgänge gibt. Es ist daher aus diesem Grunde auch nicht möglich, in das ASVG. eine Bestimmung einzubauen, wonach die der Schulpflicht unterliegenden Schülerinnen von Caritas-Haushaltsschulen genauso zu behandeln wären wie die Schüler von Polytechnischen Lehrgängen.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser**: Herr Vizekanzler! Die praktische Handhabung ist so: Wenn ein Mädchen das Polytechnische Jahr besucht, ist es automatisch durch den Vater oder sagen wir durch den Unterhaltspflichtigen sozialversichert. Wenn ein Mädchen in die Haushaltserschule der Caritas kommt, dann ist hiefür an die Gebietskrankenkasse der Krankenversicherungsbeitrag und so weiter zu bezahlen. Hier ist also auf alle Fälle die Gleichheit, die sonst im Gesetz überall vorgesehen ist, nicht gegeben.

Meine konkrete Frage an Sie geht daher dahin: Werden Sie die nächste Novellierung des ASVG. dazu benützen, um in diesem Fragenkomplex Klarheit zu schaffen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. **Häuser**: Herr Abgeordneter! Ich darf darauf antworten, daß die Einbeziehung der Haushaltsschülerinnen im Jahre 1952 vom Caritas-Verband angestrebt wurde und auch nach den damaligen Gesichtspunkten durchgeführt wurde.

Das, was jetzt geschehen ist, ist nur eine Weiterführung dieser damals, seit 1952, bestehenden Maßnahmen, und es ist eigentlich vom Standpunkt meines Ressorts kaum zu verstehen, warum jetzt eine gänzlich andere Einstellung zum gleichen Tatbestand verlangt wird.

Präsident: Herr Abgeordneter Glaser.

Abgeordneter **Glaser**: Herr Vizekanzler! Sie erwähnten soeben richtig: 1952 — diese Bestrebungen. Seither hat sich aber die Situation insofern geändert, als damals die Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr, jetzt aber gesetzlich bis zum 15. Lebensjahr vorgesehen ist. Dieser geänderten Situation hätte im ASVG. Rechnung getragen werden müssen. Gilt das nach Ihrer Darlegung genauso für die Schüler beziehungsweise Schülerinnen Polytechnischer Jahrgänge?

Daher wiederhole ich: Werden Sie die nächste Novelle zum ASVG. dazu benützen, um in diesem gesamten Fragenkomplex eventuell im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium für Klarheit zu sorgen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Ich darf dazu feststellen, daß schon die Frau Bundesminister Rehor diese Frage prüfen ließ und auf eine konkrete Anfrage des Herrn Abgeordneten Machunze ebenfalls nur eine allfällige Berücksichtigung zugesichert hat.

Im konkreten, Herr Abgeordneter Glaser, geht es bei dem Problem darum, ob die Schülerinnen der Vorschule der Haushaltsschule der Caritas eine rein schulische Ausbildung genießen oder ob diese Schülerinnen so, wie bei einer Aussprache des Leiters der Caritas im Ministerium mitgeteilt wurde, auch in der praktischen Berufsausbildung stehen. Ist letzteres der Fall, dann kommen die Bestimmungen des § 9 ASVG. zur Geltung, und es kann daher keine Abänderung erfolgen.

Sollte dieser erste Lehrgang als echte, rein schulische Ausbildung festgelegt sein, was im Einvernehmen mit dem Unterrichtsministerium zu prüfen sein wird, dann könnten diese Schülerinnen allenfalls auch den anderen in schulischer Ausbildung Stehenden gleichgestellt werden.

Präsident: 4. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Preußler (*SPO*) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

51/M

Welche Maßnahmen bereitet das Bundesministerium für soziale Verwaltung auf dem Gebiet der Pensionsdynamik vor?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, mitteilen, daß der Beirat in seiner letzten Sitzung den Bericht, der seit einem Jahr erarbeitet wurde, vorgelegt hat. Dieser Bericht kommt zur Feststellung, daß die bisherige Berechnung der Richtzahl nicht den Zielsetzungen entspricht, die man in das ASVG. gesetzt hat. Wir werden daher auf diesem Gebiete weitere Vorarbeiten treffen.

Präsident: Herr Abgeordneter Preußler.

Abgeordneter Preußler: Herr Minister! Bedeutet diese Antwort, daß für 1971 keine gesetzliche Veränderung der Richtzahlberechnung vorgenommen werden wird?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Es kann für 1971 keine Änderung der Richtzahl vorgenommen werden, weil die Festlegung im ASVG. erfolgt ist. Im Gesetz ist mir eine Frist bis 31. Mai vorgeschrieben, bis zu dem ich einen Vorschlag für den Anpassungsfaktor vorzulegen habe. Daher besteht allein schon aus Zeitgründen keine Möglichkeit mehr, die Richtzahl zu ändern.

Präsident: Herr Abgeordneter Preußler.

Abgeordneter Preußler: Herr Minister! Die Richtzahl für 1971 ist also auf Grund der derzeitigen Berechnungsmethode mit 6,4 Prozent in Aussicht genommen. Heißt das, was Sie jetzt ausführten, also, daß Sie beantragen werden, den Anpassungsfaktor für 1971 nur mit 6,4 Prozent festzusetzen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Ich darf, mich auf das Gutachten, das der Beirat in seiner letzten Sitzung einstimmig genehmigt und nun auch der Öffentlichkeit übergeben hat, stützend, darauf antworten, daß im Kapitel VIII: Zusammenfassung, folgender Passus enthalten ist:

„Als wesentlichstes Ergebnis der Prüfung ist zunächst festzustellen, daß die vom Gesetz (§ 108 a ASVG.) vorgeschriebene Formel für die Berechnung der Richtzahl tatsächlich eine mit den Vorstellungen des Gesetzgebers nicht in Einklang stehende Wirkung zeitigt.“

Da das die einmütige Auffassung des Beirates ist, ist zu erwarten, daß der Beirat in seiner Sitzung am 25. Mai dem Sozialministerium eine Empfehlung geben wird, wonach im Rahmen der Anpassung für den Anpassungsfaktor ein höherer Prozentsatz als 6,4 enthalten sein wird.

Präsident: 5. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Melter (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

53/M

Bis wann werden Sie einen Vorschlag für die Neuregelung der Ermittlung der Richtzahl für die Renten- und Pensionsanpassung vorlegen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Herr Abgeordneter! Ich habe schon in der vorangegangenen Anfrage darauf hingewiesen, daß wir auf Grund des Berichtes, den der Arbeitsausschuß des Beirates erstellt hat, zu der Erkenntnis gekommen sind, daß die Richtzahlberechnung, wie sie derzeit im Gesetz verankert ist, ungenügend ist.

Der Beirat hat daher über mein Ersuchen einmütig beschlossen, den bisherigen Arbeitsausschuß weiter in Funktion zu lassen. Er wird bis Ende Oktober einen entsprechenden neuen Vorschlag für die Richtzahlberechnung ausarbeiten.

Präsident: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Im Zuge des Wahlkampfes wurde seitens mehrerer sozialistischer Sprecher festgestellt, daß die Sozialisten für einen Anpassungsfaktor von 7,7 Prozent für das Jahr 1971 eintreten werden.

Melter

Dem Herrn Abgeordneten Preußler haben Sie nur mitgeteilt, daß der Anpassungsfaktor jedenfalls höher sein wird als die Richtzahl. Wird nun der Anpassungsfaktor in dem Ausmaß erhöht werden, das Sie als Sozialisten vor den Wahlen gefordert haben?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Auch hier darf ich feststellen, daß zwischen den theoretischen Berechnungen, die auf Grund der derzeitigen Rechtsgrundlage als dämpfende Maßnahmen festgelegt worden sind, und dem echten, der Zielsetzung für die Pensionsanpassung entsprechenden Faktor ein Unterschied ist.

Ich darf Ihnen, Herr Abgeordneter, der Sie mit der Materie doch vertraut sind, sagen, daß dieser Hinweis auf 7,7 Prozent für das Jahr 1971 ein Faktor ist, der sich bei völligem Wegfall der sogenannten unteren und oberen Bremse ergibt. Das heißt noch lange nicht, daß der Wegfall der unteren und oberen Bremse dann auch jener Zielsetzung entspricht, die man sich bei der Pensionsanpassung vorgenommen hat.

Ich darf auf den Bericht verweisen, der hier sehr deutlich die voraussichtliche Entwicklung dieser Richtzahl bis zum Jahre 1974 festlegt. Man kann daraus deutlich ersehen, wie die Entwicklung nach dem geltenden Recht und wie die Entwicklung bei jeweiligem Wegfall der unteren oder nur der oberen Bremse oder beider Bremsen vor sich geht.

Wenn Sie etwa die Feststellung treffen, daß 1972 die Richtzahl nach der derzeitigen Berechnung 6,2 Prozent, aber wenn die untere Bremse wegfällt, nur 5,7 Prozent sein wird, dann erkennen Sie schon, daß diese Frage einer genauesten Prüfung unterzogen werden muß; denn es wäre unzweckmäßig, würde man jetzt sehr rasch eine solche Veränderung etwa durch Wegfall beider Bremsen durchführen, aber dann nach einer kurzen Zeit feststellen, daß auch dieses System den Zielsetzungen nicht entspricht.

Wir werden uns daher bemühen, mit allfälligen neuen Instrumentarien eine den Zielsetzungen besser entsprechende Regelung zu erreichen. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Präsident: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter Melter: Herr Vizekanzler! Ich darf Sie zunächst bitten, mir diesen Bericht auch zur Verfügung zu stellen.

Des weiteren möchte ich eine Zusatzfrage stellen: Sie waren doch auch vor dem 1. März 1970 über diese Entwicklung der Richtzahl informiert. Trotzdem haben Sie den Wählern in Aussicht gestellt, wenn die Sozialisten die Mehrheit bekommen würden, für einen An-

passungsfaktor von 7,7 Prozent für das Jahr 1971 einzutreten. Sind Sie nun nicht bereit, dieses Versprechen auch einzulösen?

Präsident: Herr Vizekanzler.

Vizekanzler Ing. Häuser: Fürs erste, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen die Zusicherung geben, daß ich, nachdem ja dieser Bericht jetzt der Öffentlichkeit übergeben wurde, dafür Vor-sorge treffen werde, daß auch Sie einen solchen Bericht bekommen.

Zum zweiten darf ich sagen: Wir haben in den Jahren seit 1967 immer wieder darauf hingewiesen, daß die auf Grund der Berechnungsgrundlage sich ergebende Richtzahl, die gleichzeitig immer wieder mit dem Anpassungsfaktor ident war, ungenügend ist und den Zielsetzungen nicht entspricht. Wir haben diese unsere Behauptung untermauert, indem wir jeweils immer gesagt haben, wie die Entwicklung wäre, wenn die untere oder wenn die obere Bremse oder wenn beide Bremsen wegfallen.

Ich glaube, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß wir diese Frage doch nicht für eine Jahresfestsetzung treffen können, also etwa nur sagen können: Wir streben für 1971 7,7 Prozent als politische Forderung an!, sondern wir haben die Forderung aufgestellt, daß die Anpassungen zweckmäßiger und vor allem zielgerichteter der Entwicklung der Löhne und Gehälter entsprechen sollen.

Meine Damen und Herren! Ich stelle hier fest, daß dieser Bericht vertraulich erklärt wurde und daher der Öffentlichkeit und allen Interessierten nicht zur Verfügung gestanden ist, sodaß einige Überlegungen, die im Rahmen dieses Berichtes festgehalten sind, der Öffentlichkeit nicht bekanntgeworden sind. Ich werde mich, so darf ich wohl hier sagen, bemühen, das, was ich als sozialistischer Abgeordneter immer vertreten habe, im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten, die zur Verfügung stehen, ... (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf hier nicht polemisch werden, aber ich darf doch die Feststellung treffen, daß das Budget, das nun vorliegt, mit einem gigantischen Defizit belastet ist und daher alle jene Zielsetzungen nicht so leicht durchführbar sind, wie Sie uns das jetzt etwa vorwerfen wollen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir werden unsere Grundsätze, die Pensionsanpassung weitestgehend der Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer anzupassen, auch weiter verfolgen.

Präsident: Danke, Herr Vizekanzler.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: Wir kommen zur 6. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Dr. Koren (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

30/M

Durch welche Maßnahmen werden Sie „eine koordinierte Auftragsvergabe im Wohnungsbau“ im Sinne der Regierungserklärung herbeiführen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Bauten und Technik **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Änderung der Förderungsmodalitäten der verschiedenen Förderungsarten im Jahre 1967 brachte auch eine Übertragung der Vollziehung der gesamten Wohnbauförderung des Bundes an die Länder. Das bedingt meines Erachtens vom Standpunkt des Bundes her eine verstärkte Koordinierung der einzelnen Maßnahmen der Länder auf dem Wohnbau-sektor. Gerade im gesamten Baugeschehen — und der Wohnbau ist ja ein sehr wesentlicher Teil des gesamten Baugeschehens — ist meines Erachtens eine Koordinierung des Einsatzes der Mittel notwendig. Das angestrebte Ziel soll nun in erster Linie im Zusammenwirken meines Ministeriums mit den Bundesländern einvernehmlich erreicht werden.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautete, welche Maßnahmen Sie treffen werden, um eine — wie Sie in der Regierungserklärung sagten — koordinierte Auftragsvergabe in der Wohnungswirtschaft herbeizuführen. Sie haben mir in Ihrer Antwort bestätigt, daß eine solche Koordination wünschenswert wäre. Ich darf Sie daher noch einmal nach den Maßnahmen fragen, die Sie setzen werden, um in diesem Bereich, in dem Sie nach der gegenwärtigen Rechtslage keine rechtliche Ingerenz zur Koordination mehr haben, die Koordination herbeizuführen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Als solche Maßnahmen stelle ich mir in erster Linie die rechtzeitige Übermittlung der Jahresbauvorschau, die in meinem Ministerium erarbeitet wird, an die Länder und an die Gemeinden vor; als weitere Maßnahmen konkret die Intensivierung der Koordinierung durch Abhaltung von Besprechungen auf Beamten-ebene, aber auch auf der politischen Ebene, und auch die Ausnützung der Möglichkeiten, die im Rahmen der Kontrolltätigkeit des Bundesministeriums für Bauten und Technik zur Verfügung stehen, und schließlich auch die Ausarbeitung von Empfehlungen auf finan-ziellem, einsatzmäßigem und auch technischem Gebiet.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. **Koren:** Herr Bundesminister! Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Mittel zur Wohnbauförderung von den Bundesländern vergeben werden und daß diese entweder an private Wohnbauwerber vergeben werden oder an privatrechtliche Genossenschaften.

Auf welche Weise wollen Sie nun einwirken, daß zwischen diesen privatrechtlichen Trägern des Wohnungsbaues irgendeine Zielsetzung verwirklicht wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Sie haben mit Recht gesagt, daß die Mittel, die zur Förderung zur Verfügung stehen, von den Ländern an die von Ihnen genannten Einrichtungen vergeben werden. Ich bin durchaus der Meinung, daß es auch im Interesse aller Länder in Österreich liegt, einen über das ganze Jahr hin verstreuten gleichmäßigen Auftragsstand im Baugewerbe herbeizuführen, um damit vor allen Dingen auch die Frage der Winterarbeitslosigkeit in diesem Gewerbe zu bekämpfen.

Es liegt also sicherlich jetzt an der koordinierenden Tätigkeit des Ministeriums, mit den Ländern zu einem Arrangement, vielleicht sogar in späterer Folge auch zu einer Art Verwaltungsübereinkommen zu kommen, das den Einsatz der Mittel in den Ländern im Sinne des Gesamtbaugeschehens in Österreich gewährleisten wird. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Koren: Herr Minister! Nur, die Länder bauen nicht!)*

Präsident: 7. Anfrage: Anfrage des Abgeordneten Meißl (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

66/M

Welche Maßnahme wird zur endgültigen Sanierung der Gleichenberger Bundesstraße in der Klausen, wo es zum nunmehr bereits vierten Erdbeben gekommen ist, ergriffen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Gleichenberger Bundesstraße führt im Bereich der Klausen durch ein geologisch wenig standfestes, schluchtähnliches Terrain mit hoher Rutschanfälligkeit, wie ja leider die Rutschungen der Vergangenheit gezeigt haben.

Zur Behebung der nun heuer im März eingetretenen großen Rutschung wurden Sofortmaßnahmen ja schon seit einiger Zeit eingeleitet. Neben der Freimachung und der Instandsetzung der Bundesstraße — wobei als erstes Ziel ein einbahniger Verkehr anzustre-

Bundesminister Moser

ben sein wird — wurde auch der Ausbau eines Gemeindeweges als Notstraße durch die agrarische Abteilung der Steiermärkischen Landesregierung in die Wege geleitet.

Da aber mit diesen Teilmaßnahmen keine endgültige Sanierung der großflächigen Hangbewegungen in diesem Gebiet erzielt werden kann, wurde die Steiermärkische Landesregierung beauftragt, sofort Planstudien für eine Verlegung der Gleichenberger Bundesstraße aus der Klausen in Angriff zu nehmen. Erst nach dem Vorliegen der Projektvarianten kann über die neue Trassenführung endgültig entschieden werden.

Präsident: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Ich sehe, daß Ihnen das Problem als Steirer bekannt ist. Ich habe schon in einer Anfrage im Jahre 1966 darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich auch mangelhafte geologische Untersuchungen schuld an dem Fiasko sind, das damals schon, in der Sanierung 1966, einen Betrag von 1,2 Millionen Schilling erfordert hat.

Ich bin froh darüber, daß man nun endlich daran geht, das Problem vielleicht generell zu sanieren, daß man unter Umständen heraus muß.

Ich möchte aber jetzt die Frage stellen: Inwieweit scheint es sinnvoll — und sind Sie bereit, darüber vielleicht auch noch Untersuchungen durchführen zu lassen —, überhaupt wieder vorläufig eine Sanierung durchzuführen? Denn nach meinen Informationen besteht die Gefahr, daß vielleicht neuerdings 1000 Tonnen ins Rutschen kommen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich bin durchaus bereit, die von Ihnen angezogene Untersuchung durchführen zu lassen. Die Ereignisse der Vergangenheit zeigen aber mit aller Deutlichkeit, wie ich glaube, daß gerade das Gebiet der Klausen ein so schwieriges geologisches Gebiet ist, daß wohl niemand mit gutem Gewissen von einer absoluten Sanierung dieser Angelegenheit wird reden können. Das ist meine Auffassung. Es ist daher auch der Auftrag ergangen, überhaupt Planstudien für die Verlegung der Gleichenberger Bundesstraße aus diesem gefährdeten Raum heraus in einen ungefährdeten Raum durchzuführen und die Ergebnisse dem Ministerium für Bauten und Technik vorzulegen.

Präsident: Herr Abgeordneter Meißl.

Abgeordneter Meißl: Herr Bundesminister! Können Sie einen Termin angeben, oder wurde diese Ausarbeitung von Planstudien terminiert?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Es ist nicht so einfach, solche Planstudien absolut zu terminisieren mit dem wahrscheinlichen Ergebnis, dann Termine aus Gründen, die man vorher gar nicht ersehen konnte, wieder zu verlängern. Ich werde nur darauf drängen, daß die erforderlichen Arbeiten mit allem Nachdruck durchgeführt werden, sodaß die Ergebnisse zum ehestmöglichen Termin vorliegen.

Präsident: 8. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Babanitz (SPO) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

65/M

Ist die Absicherung der Autobahnen mit Trennschienen beziehungsweise Sicherheitsgittern, die anlässlich des tragischen Todes des VOEST-Direktors Lukesch in diesem Haus urgiert wurde, bereits abgeschlossen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der bedauerliche tödliche Unfall des Herrn Direktors der VOEST Lukesch war der unmittelbare Anlaß, trotz der dadurch bedingten Kosten eine durchgehende Mittelstreifensicherung der Autobahnen vorzusehen. Diese Sicherung wurde auf den bestehenden Autobahnstrecken nachträglich durchgeführt und 1969 im wesentlichen auch abgeschlossen. Offen sind lediglich noch einige Mittelstreifenüberfahrten, die noch mit den beweglichen Sicherungselementen ausgestattet werden müssen. Alle im Bau befindlichen neuen Autobahnstrecken werden vor ihrer Verkehrsübergabe mit den Mittelstreifensicherungen ausgestattet.

Präsident: Herr Abgeordneter Babanitz.

Abgeordneter Babanitz: Herr Bundesminister! Aus Ihrer Antwort kann ich entnehmen, daß bereits sehr weitgehende Maßnahmen getroffen wurden, um derartige Unfälle auf den Autobahnen möglichst zu vermeiden. Das ist sehr erfreulich, doch wäre es, glaube ich, notwendig, daß diese Sicherungen endgültig fertiggestellt werden. Können Sie mir sagen, bis wann mit der Fertigstellung der Übergänge zu rechnen ist?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Moser: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen dazu sagen, daß bis Ende des heurigen Jahres auch alle Mittelstreifenüberfahrten, die derzeit noch nicht in allen Bereichen abgesichert sind, gesichert sein werden.

Präsident: 9. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Ing. Helbich (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik.

31/M

Besteht im Zuge der Erschließung neuer Quellen für den Straßenbau die Absicht, die Treibstoffpreise für Kraftfahrzeuge zu erhöhen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich wurde schon einmal bezichtigt, daß ich im Kompetenzgarten, wie es hieß, anderer Bundesminister spazierengehe. Ich möchte mir einen solchen Vorwurf keineswegs zuziehen.

Für die Bedeckung der im Rahmen der Bundesstraßenverwaltung notwendigen Erfordernisse stehen die Mittel aus dem zweckgebundenen Zuschlag zur Mineralölsteuer, wie Sie wissen, zur Verfügung. Eine Änderung dieses Gesetzes fällt aber in die Zuständigkeit des Bundesministers für Finanzen.

Präsident: Herr Abgeordneter Ing. Helbich.

Abgeordneter Ing. **Helbich:** Herr Minister! Darf ich Sie fragen: Werden Sie irgendwelche Initiativen ergreifen, um mehr Mittel für den Straßenbau zu erschließen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen sagen, daß ich im Rahmen der Budgetverhandlungen mit dem Herrn Finanzminister durchaus danach trachten werde, mehr Mittel für den Bundesstraßenbau und den Autobahnbau zu bekommen.

Präsident: Herr Abgeordneter Ing. Helbich.

Abgeordneter Ing. **Helbich:** Herr Minister! Darf ich Sie fragen: Welchen Betrag stellen Sie sich vor, damit der Straßenbau zügig weitergeführt werden kann, um der Motorisierungswelle, die auf uns zukommt, entgegenzutreten zu können?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Moser:** Herr Abgeordneter! Ich bin persönlich davon überzeugt, daß kein Straßenbauminister in ganz Europa über genügend Geld verfügt, um die an ihn herangetragenen Wünsche, aber nicht nur Wünsche, sondern Notwendigkeiten in einer sehr kurzen Zeit realisieren zu können. Ich verfüge noch nicht über jene Unterlagen, die es mir ermöglichen würden, Ihnen eine konkrete Antwort auf die Frage des Mehr geben zu können.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur 11. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Staudinger (ÖVP) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen.

34/M

Angesichts Ihrer im „Kurier“ vom 2. Mai 1970 wiedergegebenen Erklärung über die Tarifgestaltung bei den ÖBB, frage ich Sie, Herr

Minister, welche konkreten Änderungen im ÖBB-Gütertarif seitens Ihres Ressorts in Aussicht genommen werden.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen **Frühbauer:** Herr Abgeordneter! Die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen plant so wie auch andere Bahnverwaltungen seit längerer Zeit die Möglichkeit einer Abkehr vom derzeitigen Werttarifsystem im Güterverkehr. Als nächster Schritt zu diesem Fernziel wird gegenwärtig der Übergang von fünf Werttarifklassen auf ein Vierklassensystem untersucht.

Präsident: Herr Abgeordneter Staudinger.

Abgeordneter **Staudinger:** Sehr geehrter Herr Minister! Das ist in etwa das, was Sie ohnehin in dem Interview im „Kurier“ vom 2. Mai gesagt haben. An sich hätte mich interessiert, ob schon konkrete Maßnahmen hinsichtlich des Zeitpunktes und die Art der Durchführung ins Auge gefaßt sind.

Zweitens: Wenn ich Ihre Antwort recht verstehe, dreht es sich nicht um eine Tarifberichtigung, sondern eigentlich nur um eine Rationalisierung des Tarifs beziehungsweise der Berechnung.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Herr Abgeordneter! Über den Zeitpunkt kann ich Ihnen noch nicht berichten. Ich kann Ihnen aber Auskunft über die Art der Änderung geben. Hierbei sollen zunächst die derzeit höchste Tarifklasse möglichst unverändert beibehalten und die derzeit niedrigste Tarifklasse aufgelassen werden. Das Spannungsverhältnis der vier verbleibenden Tarifklassen soll etwas eingeschränkt werden und das System der Ausnahmetarife der neuen Tariflage unter besonderer Bedachtnahme auf die Kosten und die Konkurrenzlage der ÖBB individuell angepaßt werden.

Präsident: Herr Abgeordneter Staudinger.

Abgeordneter **Staudinger:** Herr Minister! Heißt das, daß eine Tarifberichtigung nur in der höchsten Tarifklasse nicht erfolgt, daß aber in den anderen Tarifklassen sehr wohl eine Tarifberichtigung (*Rufe bei der ÖVP: Eine Tarifierhöhung!*), eine Tarifierhöhung erfolgen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer:** Zu einer Änderung der Tarifgrundlagen wäre die Zustimmung des Hauptausschusses notwendig. Wenn daher die Österreichischen Bundesbahnen zu dem Ergebnis kommen, daß diese Umstellung auf das neue System mit vier Wertklassen

Bundesminister Fröhbauer

sinnvoll wäre, wird der Hauptausschuß damit beschäftigt werden; wobei ich festhalten möchte, daß Härten, die durch den Wegfall der bisher billigsten Tarifklasse auftreten könnten, durch Neuschaffung von Ausnahmetarifen auch wiederum Berücksichtigung finden könnten.

Präsident: 12. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Zeillinger (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen.

70/M

Bis wann werden die Briefmarken-Automaten, die noch immer Marken mit den vor der Portonerhöhung geltenden Werten enthalten, auf die aktuellen Werte umgestellt werden?

Präsident: Ich bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mit den in den Briefmarkenautomaten aufliegenden Marken — es sind das die Wertstufen mit 50 Groschen, 1 S und 1,50 S — können derzeit sämtliche Freimachungsgebühren mit Ausnahme des 70 Groschenwertes kombiniert werden. Das heißt, daß lediglich Drucksachen auf diesem Weg nicht freigemacht werden können. An eine Umstellung der Briefmarkenautomaten ist im gegenwärtigen Augenblick im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten im Ausmaß von rund 550.000 S und den noch vorhandenen Lagerbestand an Marken nicht gedacht.

Präsident: 13. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Machunze (*OVP*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen.

36/M

Welche Maßnahmen wurden seitens der Post- und Telegraphenverwaltung in die Wege geleitet, um die nach wie vor bestehende Überlastung der Nummerngruppe 63... im Wiener Telefonnetz zu beseitigen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Seit dem Jahre 1969 werden im Ortsamt Neutorgasse, dem die Nummerngruppe 63 zugeteilt ist, die technischen Einrichtungen um 10 Prozent vermehrt. Der Abschluß dieser Arbeiten ist voraussichtlich Ende 1970 möglich, sodaß zu diesem Zeitpunkt eine Entlastung dieser Nummerngruppe eintreten wird.

Präsident: Herr Abgeordneter Machunze.

Abgeordneter Machunze: Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang interessiert mich folgende Frage: Sie wissen, daß die Nummerngruppe 63 in der Inneren Stadt vergeben ist. Bekanntlich gehört auch das

Bundeskanzleramt zur Nummerngruppe 63. ... Werden durch die Umstellung noch Reserven für mögliche neue Anschlüsse im Postamt Neutorgasse frei werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Nach der derzeitigen Situation rechne ich, daß keine neuen Nummern für Anschlüsse frei werden. Die Situation in Wien ist äußerst angespannt. Die Entwicklung nach dem Fernsprechtsprechbetriebs-Investitionsgesetz war jetzt auf den Abschluß der Vollautomatisierung ausgerichtet. Der Mangel an Arbeitskräften, der uns hier sehr große Sorgen bereitet, hat es nicht möglich gemacht, gleichzeitig auch die entsprechende Verstärkung in Wien selbst durchzuführen.

Präsident: Herr Abgeordneter Machunze.

Abgeordneter Machunze: Herr Bundesminister! Wenn Sie nicht in der Lage sind, die Frage sofort zu beantworten, würde ich um Mitteilung bitten, ob Sie bereit sind, mir das schriftlich zu beantworten:

Wie viele unerledigte Anmeldungen von Telephonanschlußbewerbern sind in Wien tatsächlich vorhanden, das heißt, wie viele Wiener warten auf einen Telephonanschluß?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Fröhbauer: In Österreich waren es mit Stichtag 1. 5. 1970 88.000, davon in Wien zirka 44.000.

Präsident: 14. Anfrage: Anfrage des Herrn Abgeordneten Melter (*FPO*) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen.

68/M

Werden die Tarife der ÖBB bereits daraufhin überprüft, inwieweit die unverhältnismäßige Verteuerung der Arbeiter- und Schülerwochenkarten rückgängig gemacht werden kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Fröhbauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die ab 1. 1. 1969 eingetretene Erhöhung der Preise für Arbeiterwochenkarten und Schülermonatskarten — Schülerwochenkarten werden nur im Kraftfahrlinienverkehr ausgegeben — basiert auf der gesetzlichen Verpflichtung der ÖBB zur kaufmännischen Führung des Betriebes. Der § 2 des Bundesbahngesetzes vom 6. 3. 1969, in Kraft getreten am 14. 6. 1969, unterstreicht diese Verpflichtung zu kaufmännischer Verwaltung und Betriebsführung neuerlich ausdrücklich. Auf Grund dieser Tatsache ist eine Überprüfung der gegenständlichen Personentarife bisher nicht angestellt worden.

Präsident: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter **Melter**: Herr Bundesminister! Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß in der Sozialistischen Korrespondenz vom 13. Februar 1970 die Mitteilung enthalten war, daß sich die Sozialisten entschieden für die Tarifgerechtigkeit bei den ÖBB einsetzen und dafür sorgen werden, daß die Ungerechtigkeit, die die unverhältnismäßige Verteuerung der Arbeiterwochenkarten und der Schülerkarten durch die ÖVP-Regierung gebracht hat, beseitigt wird.

Da Sie Sozialist sind, da Sie einer sozialistischen Einparteien-Minderheitsregierung angehören und Sie zuständiger Minister sind, möchte ich Sie fragen: Werden Sie sich persönlich für die Beseitigung der von Ihnen behaupteten Ungerechtigkeiten einsetzen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer**: Herr Abgeordneter! Im Hohen Haus ist gegen unsere Stimmen das Bundesbahngesetz beschlossen worden. Es gibt mir keine Möglichkeit, ein Weisungsrecht hinsichtlich der Tarife an den Vorstand der ÖBB, der nach diesem Gesetz verpflichtet ist, die Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, auszuüben.

Präsident: Herr Abgeordneter Melter.

Abgeordneter **Melter**: Herr Bundesminister! Dann werden Sie zweifellos erklären können, wie es eine Partei vermag, derartige Versprechungen abzugeben, wenn sie dann behauptet, sie könne sie nicht durchführen. *(Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Benya: Wenn Sie mitstimmen! Geben Sie es uns schriftlich, dann geht es!)*

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister **Frühbauer**: Herr Abgeordneter! Ich kann von dieser Warte nur nach dem Gesetz als Minister agieren. Es besteht aber die Möglichkeit, das Bundesbahngesetz so weit zu ändern, daß wieder ein Weisungsrecht des Bundesministers in dieser Frage besteht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen. Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 2/A der Abgeordneten Dr. Pittermann, Dr. Withalm, Peter und Genossen, betreffend Abänderung des Wehrgesetzes 1955 in der geltenden Fassung, dem Landesverteidigungsausschuß;

Antrag 3/A der Abgeordneten Ing. Scheibengraf und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Bestimmungen des Strafgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Fernmeldegesetzes zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses abgeändert werden (Gesetz zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses), dem Justizausschuß;

Antrag 4/A der Abgeordneten Skritek und Genossen, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger durch eine Bestimmung zum Schutze des Fernmeldegeheimnisses ergänzt wird, dem Verfassungsausschuß;

Antrag 5/A der Abgeordneten Machunze und Genossen, betreffend die Novellierung des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1961, BGBl. Nr. 12/1962 (Anmeldegesetz), dem Finanz- und Budgetausschuß;

Antrag 8/A der Abgeordneten Blecha und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Dauer der ordentlichen Präsenzdienstzeit von 9 auf 6 Monate reduziert wird, dem Landesverteidigungsausschuß;

Antrag 9/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Verwendung von Schallträgern im zivilgerichtlichen Verfahren, dem Justizausschuß.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Handelsausschuß:

1 der Beilagen: Zusatzprotokoll zum österreichisch-italienischen Abkommen über geographische Herkunftsbezeichnungen und Benennungen bestimmter Erzeugnisse vom 1. Februar 1952;

dem Verfassungsausschuß:

4 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Dienstpragmatik ergänzt wird (Dienstpragmatik-Novelle 1970),

10 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen geändert wird, und

16 der Beilagen: Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst und über die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien;

dem Finanz- und Budgetausschuß:

5 der Beilagen: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen;

Präsident

dem Justizausschuß:

6 der Beilagen: Bundesgesetz über die Neuordnung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes,

7 der Beilagen: Bundesgesetz über die Neuordnung des gesetzlichen Erbrechtes des Ehegatten und des gesetzlichen ehelichen Güterstandes,

8 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Wertgrenzen im Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen geändert werden,

9 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Luftverkehrsgesetz und die Verordnung über Luftverkehr geändert werden, und

15 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Rechtspflegergesetz geändert wird;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

12 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzgesetz geändert wird (Pflanzenschutzgesetz-Novelle 1970), und

13 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Futtermittelgesetz geändert wird (Futtermittelgesetz-Novelle 1970);

dem Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft:

14 der Beilagen: Bundesgesetz über Fernmeldegebühren (Fernmeldegebührengesetz).

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist mir der Vorschlag gekommen, gemäß § 73 Geschäftsordnungsgesetz über die in der heutigen Sitzung eingebrachte Anfrage der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend ein Interview des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Öfen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde, eine Debatte abzuführen. Das bedeutet, diese Anfrage als dringlich zu behandeln. Da dieser Dringlichkeitsantrag von 20 Abgeordneten unterstützt ist, ist ihm ohne weiteres nachzukommen.

Ich werde die Behandlung dieser dringlichen Anfrage an den Schluß der Sitzung, jedoch nicht über die fünfte Nachmittagsstunde hinaus verlegen.

Nachtrag zur Fragestunde der 4. Sitzung

Präsident: Es wird aufmerksam gemacht, daß sich der Herr Bundeskanzler zu einer sachlichen Richtigstellung zu Wort gemeldet hat. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky:** Herr Präsident! Hohes Haus! In meiner Anfragebeantwortung habe ich irrtümlicherweise erklärt, daß sich im Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie der Beamtenstand des Pressebüros von 18 auf 13 reduziert habe. Ich möchte richtigstellen, daß sich diese Reduktion auf das Presse- und Ministerbüro bezieht. (*Abg. Dr. Gruber: Falsch informiert! — Abg. Steininger: Er hat ja richtiggestellt!*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Wir gehen in die Tagesordnung ein. Der Zweite Präsident wird jetzt den Vorsitz übernehmen.

1. Punkt: Wahl der 13 Mitglieder des Nationalrates in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß des Nationalrates und Bundesrates gemäß § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes

Präsident Dr. Maleta (den Vorsitz übernehmend): 1. Punkt ist die Wahl der 13 Mitglieder des Nationalrates in den Ständigen gemeinsamen Ausschuß des Nationalrates und Bundesrates gemäß § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948.

Der Nationalrat hat 13 Mitglieder und ebenso viele Ersatzmitglieder für den Ständigen gemeinsamen Ausschuß im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 zu wählen.

Der Ausschuß besteht aus insgesamt 26 Mitgliedern, von denen 13 vom Bundesrat bestellt werden.

Gemäß den Bestimmungen des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes entfallen von den 13 vom Nationalrat zu entsendenden Vertretern 7 auf die SPÖ und 6 auf die ÖVP.

Es liegen mir folgende Vorschläge vor:

von der SPÖ als Mitglieder die Abgeordneten Haberl, Lanc, Preußler, Ing. Scheibengraf, Sekanina, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Zingler;

von der ÖVP als Mitglieder die Abgeordneten Brunner, Hagspiel, Dr. Kohlmaier, Leisser, Machunze und Staudinger;

als Ersatzmitglieder von der SPÖ die Abgeordneten: Babanitz, Heinz, Hellwagner, Jungwirth, Skritek, DDr. Pittermann und Steinhuber;

als Ersatzmitglieder von der ÖVP die Abgeordneten: Dr. Bauer, Kern, Marwan-Schlosser, Dr. Mussil, Schrotter und Titze.

Ich werde die Wahl, falls kein Einwand erhoben wird, durch Erheben von den Sitzen vornehmen lassen. — Einwand wird nicht erhoben.

Ich lasse über diese beiden Vorschläge unter einem abstimmen und bitte jene Damen und

Präsident Dr. Maleta

Herrn, die der Wahl der genannten Abgeordneten ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

2. Punkt: Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertreter Österreichs in der Beratenden Versammlung des Europarates.

Osterreich entsendet sechs Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder. Vom Nationalrat sind fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder, vom Bundesrat ein Mitglied und zwei Ersatzmitglieder zu wählen. Die Wahl erfolgt für ein Jahr.

Es liegen mir nun bezüglich der Wahl der vom Nationalrat zu wählenden fünf Mitglieder und vier Ersatzmitglieder folgende Vorschläge vor:

als Mitglieder die Abgeordneten Czernetz, Dr. Kranzlmayr, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, DDr. Pittermann und Zankl;

als Ersatzmitglieder die Abgeordneten Doktor Bassetti, Dr. Karasek, Radinger und Doktor Scrinzi.

Ich werde die Wahl ebenfalls durch Erheben von den Sitzen vornehmen lassen. Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Doktor Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Ofen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde

Präsident Dr. Maleta: Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dr. Fiedler:

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek, Glaser und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend ein Interview des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, das im deutschen

Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alle Ofen brennen“ in der Nummer 20 der genannten Zeitschrift am 11. Mai 1970 veröffentlicht wurde.

Im deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ vom 11. Mai 1970 ist auf den Seiten 136 bis 143 ein Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler abgedruckt, in dem Dr. Kreisky (Seite 140 der genannten Nummer des „Spiegels“) unter anderem sagt:

„Wir durchforsten die Subventionslisten. Wir sehen jetzt erst, wieviel Geld an alle möglichen und unmöglichen Vereine und Interessenten ausgeteilt wurde. Wir fühlen uns verpflichtet, die Subventionszahlen zu veröffentlichen. Obschon wir gerade erst angefangen haben, den Inhalt der Schreibtische in den Ministerien zu sichten, wissen wir schon: Es ist eine beträchtliche indirekte Parteifinanzierung betrieben worden.“

Ferner auf der gleichen Seite:

„... In den Ministerien ist noch nie so viel verbrannt worden wie bei diesem Regierungswechsel. Alle Ofen brennen ...“

Angesichts dieser ungeheuerlichen Anschuldigung gegen die österreichische Beamenschaft richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Was hat Sie veranlaßt, bei der Aufdeckung der von Ihnen behaupteten Mißstände in der österreichischen Verwaltung den das Ansehen Österreichs schwer schädigenden Umweg über ein ausländisches Nachrichtenmagazin zu nehmen und nicht den für den Regierungschef selbstverständlichen Weg eines Berichtes an den Nationalrat zu wählen?

2. Welche Vereine klassifizieren Sie als „mögliche“ und welche als „unmögliche“ Vereine?

3. Worin bestand die von Ihnen behauptete „indirekte Parteifinanzierung“?

4. Was wurde verbrannt?

5. In welchen Abteilungen welcher Ministerien wurde nach Ihren Feststellungen viel verbrannt?

Wenn es sich dabei um Akten gehandelt hat:

6. Welche Akten wurden verbrannt?

7. Sind Sie der Meinung, daß dabei Akten verbrannt wurden, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben?

Wenn ja:

8. Warum haben Sie davon nicht die zur Strafverfolgung zuständigen Behörden verständigt?

Schriftführer

9. Was, Herr Bundeskanzler, hat Sie, der Sie selbst dem Beamtenstand angehören, veranlaßt, derart schwerwiegende und diskriminierende Anschuldigungen gegen Ihre Kollegen zu erheben, bevor ihre Richtigkeit von den zuständigen Stellen festgestellt werden konnte?

In formeller Hinsicht wird beantragt, dem erstunterzeichneten Abgeordneten Gelegenheit zur Begründung dieser Anfrage zu geben und hierauf gemäß § 73 der Geschäftsordnung eine Debatte über den Gegenstand abzuführen.

Präsident Dr. **Maleta**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage gemäß § 73 Geschäftsordnungsgesetz das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn es auch verlockend wäre, zu behaupten, daß der Herr Bundeskanzler das Interview, das er dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ gegeben hat und das am 11. Mai dieses Jahres veröffentlicht wurde, sich selbst bestellt hat, so will ich ihm das keinesfalls unterstellen. Aber, Hohes Haus, meine Damen und Herren, ich darf wohl sagen, daß es dem Herrn Bundeskanzler gewiß nicht unangenehm war, dem „Spiegel“, der immerhin in Deutschland eine Auflage von einer Million Exemplaren und der in Österreich eine Verkaufsaufgabe von 37.500 hat, dieses Interview geben zu können.

Um von vornherein aber jedes Mißverständnis auszuschließen, möchte ich gleich feststellen, daß es selbstverständlich jedem Menschen und so natürlich auch dem Herrn Bundeskanzler freisteht, wann er will, wo er will und wem er will, Rede und Antwort zu stehen. Aber selbstverständlich muß auch eingeräumt werden, daß ein Politiker — und wenn es auch nur der Bundeskanzler einer Minderheitenregierung ist —, wenn er in aller Öffentlichkeit ein Interview gibt, es sich auch gefallen lassen muß, daß man ihn deswegen zur Rechenschaft zieht.

Ich darf aus der ganzen Aufmachung und aus dem ganzen Gespräch entnehmen, daß Herr Dr. Kreisky tatsächlich als Bundeskanzler dieses Interview gegeben und diese Äußerungen gemacht hat und nicht vielleicht, wie seine Reise nach Saarbrücken, als Parteivorsitzender der SPÖ oder als Privatmann, wobei ich hier jetzt eines sagen möchte: Ich glaube, man kann doch niemals, wenn man die Funktion des Bundeskanzlers ausübt, sozusagen den einen Rock anziehen und den anderen Rock ausziehen, den einen Hut aufsetzen und den anderen heruntergeben und sagen: Jetzt spreche oder jetzt agiere ich als Bundes-

kanzler und jetzt als Vorsitzender der Sozialistischen Partei. Ich glaube, das ist eben sehr schwer (*Abg. Benya*: *Schwer, aber möglich!*), und da muß man eben etwas vorsichtiger sein, weil es dann immer sehr schwierig ist, auseinanderzuhalten: Was hat man als Privatmann, was hat man als Parteivorsitzender und was hat man als Bundeskanzler gesagt? (*Zwischenrufe bei der SPÖ*.)

Wenn — lassen Sie mich das doch bitte sagen — Herr Dr. Kreisky in Saarbrücken, wie er mir vorerst auf meine Anfrage geantwortet hat, diese Gespräche mit Wirtschaftsminister Schiller und mit anderen deutschen Ministern als Parteivorsitzender geführt hat, so ist es natürlich sehr, sehr schwierig, sie dann als Bundeskanzler hier in Österreich irgendwie zu verwerten.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe von dieser Stelle aus schon einmal zum Ausdruck gebracht, daß ich ein Vierteljahrhundert der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten angehöre und daß ich viele Jahre hindurch in meinem Heimatland Oberösterreich dem Landesvorstand der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten angehört habe. Deshalb werde ich es niemals zulassen, daß — ganz gleichgültig von wem und wo — Beamte, Angestellte oder Arbeiter des Staates diskriminiert, verdächtigt oder gar strafbarer Handlungen bezichtigt werden (*Beifall bei der OVP*), insbesondere dann, wenn keine wie immer gearteten Beweise vorhanden sind oder vorgelegt werden. (*Abg. Weikhart*: *Vorsicht, Herr Doktor!*) Vorsicht ist die Mutter der Weisheit! (*Abg. Weikhart*: *Das gilt aber für Sie!*) Aber immer waren Sie, Kollege Weikhart, auch nicht vorsichtig!

Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Interview erklärt, daß in den Ministerien noch nie so viel verbrannt worden ist wie bei diesem Regierungswechsel, und hat den schönen Satz gesagt, der im „Spiegel“ dann als Headline verwendet wurde: „Alle Öfen brennen.“

Dazu muß ich sagen — Herr Bundeskanzler, ich muß Sie jetzt persönlich ansprechen —: Das sind Pauschalverdächtigungen, die den Tatbestand des Mißbrauches der Amtsgewalt beinhalten. Denn Verbrennungen können Sie, Herr Bundeskanzler, und uns, das Parlament, nur insoweit interessieren, als es sich um Akten der Vollziehung gehandelt haben sollte, die dadurch vernichtet worden sind. Herr Bundeskanzler, Sie sind ja selbst als Außenminister bis 1966 am Ballhausplatz gesessen. Haben Sie, so frage ich, als Sie damals ausgezogen sind, Ihre Privatkorrespondenz, Ihre Handakten, Ihrem Nachfolger zur Beantwortung überlassen, haben Sie sie dort als Nachschlagwerk zurückgelassen, oder haben Sie

Dr. Kranzlmayr

diese Papiere, die eben Handakten heißen, mit sich genommen oder vielleicht auch verbrannt? Abgesehen davon — auch ein bißchen Spaß —, daß die Öfen genauso wenig brennen wie die Christbäume am Weihnachtstag, außer es handelt sich um einen Unglücksfall, wird in den meisten Ministerien Altpapier nicht verbrannt, sondern kommt in den Aktenwolf.

Ich bin kein Hellseher, ich bin kein Prophet, aber ich könnte mir ohneweiters vorstellen, daß eine solche Privatkorrespondenz, daß solche Handakten tatsächlich verbrannt worden sind, ich könnte mir vorstellen, daß zum Beispiel ein solcher Handakt heute dem Hohen Haus als Beweisstück vorgelegt wird. Das wäre ein netter Gag. Aber wo sind dann hier — Kollege Weikhart, Sie haben von der Vorsicht gesprochen, die ich anwenden soll (*Abg. Sekanina: Ihre Angstzustände werden immer deutlicher, Herr Kollege!*), ja sicherlich, das ist nett (*Abg. Weikhart: Herr Kollege, drehen Sie sich einmal um!*) — Beweise vorhanden, daß es sich tatsächlich um einen Akt der Vollziehung gehandelt hat?

Ich darf Ihnen sagen, daß vom Herrn Bundeskanzler und allen Ministern die Weisung erteilt wurde, keine wie immer gearteten Akten zu vernichten, zu verbrennen, weil nichts zu verbergen war.

Herr Bundeskanzler! Sie sind zwar nicht dafür bekannt, daß Sie Späße gut vertragen, aber lassen Sie mich wegen dieser Verbrennungen eines hier spaßhaft sagen: Passen Sie auf, daß Ihnen nicht der Hut bei der einen oder anderen Frage Ihres Kabinetts brennt! So ein bißchen angebrannt riecht es ja da und dort! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie nicht weiter Beamte diffamieren wollen, so sagen Sie bitte, wer wo und wer welche Akten verbrannt hat, wer also wo, um mit Ihren Worten zu reden, Öfen zum Brennen gebracht hat.

Eine weitere ungeheure Verdächtigung liegt in Ihrer Äußerung, daß Sie, obwohl Sie gerade erst angefangen haben, den Inhalt der Schreibtische in den Ministerien zu sichten — es ist ja überhaupt eine etwas naive Darstellung, wenn man glaubt, daß die Minister, die ausgezogen sind, ihre Schreibtischladen nicht ausgeräumt hätten —, daß Sie also, obwohl Sie gerade erst dabei sind, die Schreibtischladen auszuräumen, jetzt schon eines wissen wollen: Es ist eine beträchtliche indirekte Parteifinanzierung betrieben worden.

Sie haben das ja sehr nett umschrieben, denn unter einer „indirekten Parteifinanzierung“ kann man sich natürlich sehr viel vorstellen. Aber trotzdem ist das eine dieser unterschwelligen Verdächtigungen, die so

gerne gemacht werden und die das Volk so gerne hört. Was ist eine „indirekte Parteifinanzierung“?

Ich glaube, daß in dieser Beziehung alles — alles! — von Ihnen auf den Tisch gelegt werden muß, denn wenn Sie irgendeine strafbare Handlung, irgendeinen strafbaren Tatbestand aufgedeckt zu haben glauben, dann, Herr Bundeskanzler, ist es in einem Rechtsstaat nicht der richtige Weg, sich ein Nachrichtenmagazin auszusuchen und das dort der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Für jeden Staatsbürger, für jeden Funktionär ist es in einem solchen Fall der Weg zur Polizei, um eine Anzeige zu machen. Und als Bundeskanzler, als Abgeordneter müßte es der erste Weg sein, dem Parlament einen Bericht zu geben. Das wäre Ihre Pflicht gewesen, aber nicht, sich in einem Interview in einem Nachrichtenmagazin so groß hinstellen zu lassen.

Hohes Haus! Ich möchte für alle jene, die es vielleicht nicht wissen, wiederholen und festhalten, daß selbstverständlich die sozialistische Fraktion hier im Hohen Hause in den vier Jahren der letzten Legislaturperiode die Möglichkeit gehabt hat, sich über alle Akten der Vollziehung genauestens Rechenschaft geben zu lassen. Sie haben davon reichlich Gebrauch gemacht — gerade auch hinsichtlich der von den einzelnen Ministerien gegebenen Subventionen. Ich glaube, wenn wir alles Papier hier aufstapeln würden, das Sie abverlangt haben, würden wir einen ganz schönen Berg bekommen. Aber selbstverständlich — das stelle ich hier nochmals fest —, mit Ihrem guten Recht haben Sie alle Akten der Vollziehung überprüfen können und haben sie auch überprüft.

Es werden Ihnen, Herr Bundeskanzler, weiters so manche Vereinsfunktionäre — vielleicht sind auch manche der Sozialistischen Partei dabei — sehr dankbar sein, wenn sie nun durch Ihre Offenbarungen, die ich von Ihnen erbitte, ja von Ihnen verlange, erfahren werden, daß sie jahrelang ehrenamtlich, Freizeit opfernd bei einem „unmöglichen“ Verein ihre Vorstandstätigkeit ausgeübt haben, denn Sie haben so in Bausch und Bogen gesagt, es gibt mögliche und unmögliche Vereine. Ich bin sehr neugierig, welche Vereine Sie als unmögliche Vereine hier deklarieren. Aber weder Sie, Herr Bundeskanzler, noch die Sozialistische Partei hat das Recht, einen Verein, der behördlich angemeldet ist, als möglich oder unmöglich zu bezeichnen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Es war in den vergangenen Perioden die Meinung aller drei im Hohen Hause vertretenen Fraktionen, daß das Parlament aufgewertet, daß mit der Mißachtung,

Dr. Kranzlmayr

die uns Abgeordneten von mancher Seite entgegengebracht wird, aufgeräumt werden müßte. Ihr hochgeschätzter oder mein hochgeschätzter — nicht Ihr, sondern mein hochgeschätzter — Klubobmann der Sozialistischen Partei Dr. Pittermann war so wie die Kollegen meiner Fraktion (*Abg. Dr. Pittermann: Ich bin für die SPÖ zuständig!*), aber natürlich auch die Kollegen der freiheitlichen Fraktion immer sehr lautstark dafür, daß die Mißachtung dieses Parlaments endlich aufhören müsse.

Ich darf hier nun abschließend sagen: Herr Bundeskanzler! Dadurch, daß Sie von angeblichen, nicht bewiesenen Mißständen in der österreichischen Verwaltung gesprochen und in einem ausländischen Nachrichtenmagazin — daß es zu keinem Irrtum kommt: das ich persönlich schätze und ständig lese; ich bin einer der 37.500 Leser — Vereine als mögliche und unmögliche bezeichnet haben, haben Sie zweifellos Österreich keinen guten Dienst erwiesen. Sie haben Beamte und Angestellte dieses Staates diffamiert und verdächtigt, und Sie haben das Parlament gröblichst mißachtet.

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, daß nicht nur die Kollegen meiner Fraktion, sondern daß sich alle Abgeordneten eine solche Mißachtung auf die Dauer nicht mehr gefallen lassen und daß sie das jedesmal aufzeigen, wenn so etwas geschieht. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Auf die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, Dr. Karasek und Genossen, die in der jetzigen Sitzung des Nationalrats eingebracht wurde, beehre ich mich gemäß § 73 der Geschäftsordnung wie folgt zu antworten:

Ich habe — so wie viele oder wie zahlreiche Regierungschefs anderer Länder, aber auch Österreichs, vorher — dem weit verbreiteten Wochenmagazin „Der Spiegel“, einer Zeitschrift, die in Österreich ungefähr die Auflage hat, die hier genannt wurde, also zwischen 35.000 und 40.000, und damit als Zeitschrift dieser Art vermutlich die größte Auflage haben dürfte, ein Interview gegeben, wobei ich selbstverständlich bestrebt war, dieser Zeitschrift und den Journalisten, die mich gefragt haben, nach bestem Wissen und Gewissen die Antworten zu geben, die richtig sind, die Antworten zu geben, die ich für richtig gehalten habe.

Übrigens möchte ich darauf verweisen, daß dieser Umstand, wonach es zu Verbrennungen

gekommen ist — ich sprach nicht von Aktenverbrennungen; „Der Spiegel“ liegt ja hier vor mir —, von einer angesehenen österreichischen Zeitung bereits 14 Tage vorher, glaube ich, der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden ist, so wie es ja überhaupt meiner Meinung nach gar kein Kriterium darstellt, ob man eine Feststellung in einer inländischen oder in einer ausländischen Zeitschrift macht. (*Abg. Dr. Prader: Das ist Geschmacksache!*) Denn das, was in einer inländischen Zeitung steht, kommt bei den gegenwärtigen Kommunikationsmöglichkeiten genauso ins Ausland. Das verheimlichen zu wollen, würde ungefähr der Verheimlichung der Bundesbahnfahrpläne gleichkommen. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader: Das ist billig, sehr billig! — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*) Wenn es hiebei schädigende, das Ansehen Österreichs schädigende Umstände gegeben haben soll, so sind hiefür die Verursacher verantwortlich und nicht diejenigen, die diese Umstände erwähnen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Auf Frage 2 möchte ich antworten: Bei meiner Äußerung über „mögliche und unmögliche Vereine“ habe ich mich einer durchaus österreichischen — ich möchte sogar sagen: echt österreichischen — Wendung bedient, mit der nach dem Sprachgebrauch gar nichts anderes gemeint war als die Tatsache, daß es sich um wichtige und weniger wichtige Vereine, um solche von größerer und solche von kleinerer Bedeutung gehandelt hat, die aus Steuermitteln subventioniert wurden. (*Abg. Dr. Prader: So kann man das nicht wegwischen! — Abg. Kern: Wo sind denn die „unmöglichen“! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen. — Abg. Kern: Keine Fragebeantwortung!*)

Auf die Frage 3 antworte ich wie folgt: Worin die „indirekte Parteifinanzierung“ besteht — ich wiederhole: ich sprach von „indirekter Parteifinanzierung“ —, das werde ich Ihnen gerne beantworten und bin auch bereit, auf weitere diesbezügliche Anfragen im Laufe der Session in der ausführlichsten Weise zu antworten. Das Bedürfnis, diese Antworten in der ausführlichsten Weise zu geben, können Sie daran erkennen, daß es die gegenwärtige Bundesregierung für notwendig erachtet hat, sogar in der Regierungserklärung mitzuteilen, daß sie dem Parlament, das sie sehr hoch achtet, jährlich einen vollständigen Subventionsbericht erstatten wird, etwas, was von der Vorgängerin dieser Bundesregierung immer nur unter äußerstem Druck und nach großem Zögern erfolgt ist. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Doktor Kranzlmayr.*)

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Unter indirekter Parteifinanzierung verstehe ich zum Beispiel, daß der der ÖVP nahestehende Verein „Akademikerhilfe“ 10 Millionen Schilling erhalten hat, während zum Beispiel der der Sozialistischen Partei nahestehende Verein (Abg. Dr. Kranzlmayr: Die Roten Falken?) der österreichischen Arbeiterstudenten mit 100.000 S gefördert wurde. (Abg. Dr. Withalm: Was hat das mit Parteifinanzierung zu tun?) Ich erwähne nur, daß in der Vergangenheit dieselbe Tätigkeit eine durchaus verschiedene Förderungswürdigkeit besessen hat. (Abg. Doktor Prader: Was hat das mit Parteifinanzierung zu tun?) Ich habe deshalb von indirekter Parteifinanzierung gesprochen, weil ich in meiner Eigenschaft als Parteivorsitzender weiß, daß das, was man nicht auf diese Art kriegt, halt die Partei zahlen muß, und die oder die Parteimitglieder haben es sich eben erspart. (Abg. Dr. Prader: Das können Sie vielleicht, wir nicht!)

Ich verweise weiters auf die politisch einseitige Vergabe von Förderungsmitteln an Jugendorganisationen, wie sie aus einem Akt des Bundesministeriums für Unterricht, Zl. 50.285/68, hervorgeht. Ich verweise weiters auf die enorm hohen Subventionen — alles Nähere werden Sie aus dem umfangreichen Subventionsbericht noch erfahren —, die der Österreichischen Volkspartei nahestehende Studentenorganisationen von dem hierfür gar nicht zuständigen Finanzministerium erhalten haben, wie aus dem Akt mit der Zahl 101.515/1/68 ersichtlich ist. Die Bundesregierung — ich wiederhole es noch einmal — wird sich nicht scheuen, nicht nur über dieses Jahr einen Subventionsbericht zu erstatten, sondern auch über die Subventionen, die unter ihrer Verantwortung gewährt werden. (Abg. Dr. Withalm: Vielleicht auch die bis 1965, Herr Bundeskanzler? — Abg. Dr. Prader: Ja, auch die vom Sozialministerium, vom Verkehrsministerium! — Zwischenruf des Abg. Ofenböck.)

Ich komme damit zur Frage 4: „Was wurde verbrannt?“

Meine Damen und Herren! Was verbrannt wurde, weiß ich nicht, weil es ja verbrannt ist. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Withalm: Sie haben eine Behauptung aufgestellt, die müssen Sie beweisen!) Moment, Moment! Aber es haben mir eine ganze Reihe von Leuten geschrieben und haben mir solche Stücke zur Verfügung gestellt. (Abg. Dr. Withalm: Also verbrannte Stücke haben sie zur Verfügung gestellt!) Nein, damit es genauer ist: angebrannte. Sie werden es schon noch sehen, sie wurden zur Verfügung gestellt.

Und damit Sie, meine Herren, wissen, wie ernst wir diese Sache nehmen, habe ich hier

solche Stücke, die im Amtsgebäude verbrannt wurden und nicht durch den Reißwolf gezogen wurden. Aus welchem Zeitpunkt, spielt in der Verwaltung überhaupt keine Rolle, sonst müßte man ja nicht Akten seit weiß ich wann aufheben.

Von meinem Kollegen, dem Herrn Handelsminister, den ich auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht habe, wurde eine Frage an einige Beamte gestellt, und das Ergebnis der diesbezüglichen Frage lautet: „Fachinspektor“ — den Namen lasse ich weg —, „der für die Heizanlage verantwortlich und damit für die allfällige Vernichtung von Schriftstücken zuständig ist, teilt mit, daß er in den vergangenen Tagen Säcke vom Sekretariat des Herrn Bundesministers“ — seinen Namen lasse ich weg, das steht zur Einsicht zur Verfügung — „zur Verbrennung erhalten hat“. (Abg. Dr. Withalm: Na und? Privatkorrespondenz!) Ich wurde gefragt, was ich damit gemeint habe. Die Ofen haben gebrannt, das stimmt also. „Diese wurden ohne Ansehung des Inhalts verbrannt.“ (Abg. Doktor Mussil: Waren es Akten oder nicht?) Sie wurden ohne Ansehung des Inhalts verbrannt.

Zur Behauptung, wonach es sich, was ich für durchaus selbstverständlich halte, um die Privatpost der Minister gehandelt hat, möchte ich feststellen: Diese Privatpost kann man erfahrungsgemäß auf zweierlei Art behandeln: Man kann sie mitnehmen, weil sie einem gehört, und man kann sie vernichten — ob durch den Wolf oder durch den Ofen, das ist Geschmacksache oder eine technische Angelegenheit.

Ich frage nur eines (mehrere angesengte Papiere vorweisend): Ob ein Schriftstück, ganz gleich aus welcher Zeit, das zum Beispiel für die Geschichte der Integrationsverhandlungen wichtig ist — solche Abhandlungen werden ja auf Grund der Akten geschrieben —, ob ein Schriftstück, das an das Außenamt in Wien adressiert ist und offenbar weitergegeben wurde, ein Schriftstück, das vom österreichischen Botschafter in Holland unterschrieben und eindeutig an das Amt gerichtet ist, ob ein solches Stück zur privaten Post gehört?

Dabei würde ich nicht einmal ausschließen, daß das irrtümlich passiert wäre, wenn es sich nur um ein Stück handeln würde. Ich sage noch einmal: Wir kennen ja nur einige Reste. Hier behauptet sogar jemand, die Trümmer wären hinausgeflattert, und man habe sie so gefunden.

Eine Rechnung an eine Stelle, die dem Staat untersteht, auf einen relativ großen Betrag, ist verbrannt worden; ich verstehe nicht, warum.

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Unter den zur Verbrennung übergebenen und angebrannten Stücken — ich habe noch einiges hier — befindet sich zum Beispiel ein Bericht über wirtschaftliche Gespräche und so weiter an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, unterschrieben vom Botschafter in Rom. — Ohne Zweifel kein Akt, aber ein Aktenstück; so nennt man das. (*Abg. Dr. Mussil: Welches Datum?*)

Unter diesen Schriftstücken befindet sich ein Telegramm der österreichischen Vertretung in Genf, das sich mit Fragen der Assoziierung befaßt. Unter den Schriftstücken befindet sich auch ein Verzeichnis von Informationen, wie sie in einem Ministerium häufig verlangt werden. Unter den Schriftstücken befindet sich weiter ein Fernschreiben der österreichischen Botschaft in Moskau. Von diesen Dingen weiß ich nur fragmentarisch, und zwar auf Grund meiner früheren Tätigkeit als Außenminister, daß es sich auch um offizielle Gegenstände handelt, um die Durchführung des Operationskalenders und so weiter. Eine Mitteilung des EFTA-Sekretariates über Portugal, die amerikanische Darstellung des Schutzes der Textilindustrie — es sind alles offizielle Berichte, die keineswegs hätten verbrannt werden müssen. So auch ein Chiffre-Fernschreiben aus Moskau, das die deutliche Marke „Verschluß“ zeigt und an das Außenamt in Wien gerichtet war, ein Schreiben an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Auswärtige Angelegenheiten, Bundeskanzleramt — Wirtschaftliche Koordination.

Es geht also aus diesen Beispielen hervor, daß es sich keineswegs um die Privatpost gehandelt hat und daß ich mich durchaus an die Wahrheit gehalten habe, wenn ich behauptet habe: Die Ofen haben gebrannt. Ich habe nicht einmal gesagt, Sie hätten wichtige Schriftstücke verbrannt. Die Ofen haben gebrannt, und der Auftrag dazu ist im Dienstweg untergeordneten Beamten gegeben worden; die Beweise habe ich geliefert. (*Abg. Dr. Prader: Aber ob es unkorrekt war, diesen Beweis haben Sie nicht geliefert!* — *Abg. Dr. Pittermann: Der Fachmann für Korrektheit!*) Ich habe von Unkorrektheit nicht gesprochen, sondern ich wiederhole, weil ich diesen Passus für bemerkenswert halte, folgendes:

„Das merke ich! In den Ministerien ist noch nie so viel verbrannt worden wie bei diesem Regierungswechsel. Alle Ofen brennen.“

Richtig hätte es heißen müssen: „brannten“.

„Jetzt im nachhinein zeigt sich, daß sich trotz fast zwanzigjähriger Großer Koalition in

der österreichischen Bürokratie kein Proporz gebildet hat. Es gibt in den meisten Ministerien keinen einzigen Spitzenbeamten, der den politischen Gedanken des neuen Chefs nahesteht.

Spiegel: Was wollen Sie da machen?

Kreisky: Gar nichts, außer mit den Leuten reden.“

Das ist mein „Angriff“ auf die Beamten-schaft! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*)

Auf die Frage, welche Akten verbrannt wurden, kann ich deshalb keine Antwort geben, weil ich das, wie gesagt, nicht weiß, weil ja nur Reste vorhanden sind. Ich sage, daß ich weder weiß, ob Akten verbrannt wurden — ich habe es auch nie behauptet —, und daß ich daher auch nicht weiß, welche. Ich weiß nur, daß Aktenstücke von diesem Schicksal betroffen waren. Es war jedenfalls eine ziemliche Schlamperei, daß es geschehen ist. (*Abg. Ofenböck: Skartierung!*)

Auf die Frage, ob ich eine Strafverfolgung ins Auge fasse: Das hängt von den weiteren Umständen ab. Da alle Beamten weisungsgebunden sind und dafür nur die Ressortchefs auf Grund der Ministerverantwortlichkeit verantwortlich sind, könnte sich eine solche Verfolgung nur gegen den Ressortchef richten. Ich weiß nicht, ob es sich dabei um einen an sich strafbaren Tatbestand handelt, das müßte man prüfen. Ich bin für keine dramatischen Maßnahmen dieser Art, sondern habe das so nebenbei erklärt, obwohl ich das erste Mal von einer österreichischen Zeitung davon erfahren habe. (*Abg. Dr. Prader: Hauptsache, es bleibt etwas hängen!*)

Auf die Frage 9: „Was, Herr Bundeskanzler, hat Sie, der Sie selbst dem Beamtenstand angehören, veranlaßt, derart schwerwiegende und diskriminierende Anschuldigungen gegen Ihre Kollegen zu erheben, bevor ihre Richtigkeit von den zuständigen Stellen festgestellt werden konnte?“, stelle ich folgendes fest: Ich habe keinerlei Beschuldigungen gegen meine Kollegen in meiner Eigenschaft als Beamter erhoben. Wenn überhaupt, so gegen meine Kollegen in meiner Eigenschaft als Regierungsmitglied. (*Starker anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Karasek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (ÖVP): Hohes Haus! (Abg. *O f e n b ö c k*: *Der Bundeskanzler soll die Jahreszahlen aus den ganzen Akten nennen! Die soll er sagen!* — Abg. Dr. *P r a d e r*: *Hauptsache ist, es bleibt etwas hängen!*)

Präsident Dr. **Maleta** (das Glockenzeichen gebend): Am Wort ist der Abgeordnete Doktor Karasek.

Abgeordneter Dr. **Karasek** (fortsetzend): Hohes Haus! (Abg. Dr. *P r a d e r*: *Hauptsache, es bleibt etwas hängen! Das ist der Stil!* — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Es ist für jeden neugewählten Abgeordneten ein großes Erlebnis, wenn er das erste Mal das Recht in Anspruch nehmen darf, von diesem Platze aus das Wort zu ergreifen. Jeder Neuling wünscht sich für diese Stunde ein großes Thema, sein großes Thema. Wenn mir dies in diesem Augenblick versagt ist, meine Damen und Herren, so muß ich diesen Vorfall gleichwohl als eine wichtige öffentliche Angelegenheit klassifizieren, über die das Parlament nicht einfach stillschweigend hinweggehen kann.

Sie, Herr Bundeskanzler, kennen mich seit vielen Jahren und wissen um die persönliche Wertschätzung und die kollegiale Verbundenheit, die ich Ihnen entgegenbringe. Ich werde mich daher in der Kritik, die ich an Ihrer „Spiegel“-Äußerung anzubringen habe, lediglich von der Pflicht des Abgeordneten leiten lassen, sachlich hart zu sein, ohne Sie persönlich zu verletzen. Ich hoffe, daß mir dies gelingen wird.

Ich war, Herr Bundeskanzler, zugegebenermaßen etwas beunruhigt, als Sie die vielen angebrannten Papierchen hier eben in der Hand hatten. Ich stelle eine sehr, sehr große Erleichterung fest, die mir meine Intervention sehr erleichtern wird, denn all das, was Sie uns an Beweisen gebracht haben, ist für mich und für meine Kollegen, glaube ich, nicht sehr überzeugend. Erstens haben Sie von vornherein zugegeben, daß es sich um keine Aktenverbrennungen handelt. Um einen Mißbrauch von Amtsgewalt hätte es sich wohl nur handeln können — Sie sagten, im „Spiegel“ haben Sie nicht von Akten gesprochen —, wenn wirklich Akten verbrannt worden wären. Aber selbst die Aktenzitate, Herr Bundeskanzler, die Sie eben vorgebracht haben, sind sehr leicht reproduzierbare Akten. Wer den Gang der Verwaltung kennt, weiß: jeder Botschaftsbericht, jedes Botschaftstelegramm geht in doppelter Ausfertigung in den Integrationsfragen, wie Sie wissen, an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, an das Bundesministerium für

Handel, Gewerbe und Industrie, wie es bis jetzt geheißen hat und wie es noch heißt, und von diesen gibt es vielfache Kopien. Herr Bundeskanzler, Sie wissen, es gibt sechs, sieben Kopien, für den Bundesminister, für den Generalsekretär, für die zuständige Abteilung. Was hätte es also für eine große Bedeutung gehabt, wenn solche angebrannten Aktenstücke im Ofen des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie gefunden worden wären? Ich muß sagen, der Beweis, daß es sich hier um etwas sehr Ernstes, etwas sehr Verfolgbares gehandelt hat, ist Ihnen, glaube ich, Herr Bundeskanzler, nicht gelungen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich nehme nicht an, daß Sie, Herr Bundeskanzler, die Mitglieder der Bundesregierung und die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, überrascht sind, daß die Äußerungen des Regierungschefs hier in Österreich — ich sage, „hier in Österreich“ — mit Erstaunen, Verwunderung und vielfach mit Empörung registriert und aufgenommen wurden. Was ist denn geschehen?, werden Sie vielleicht fragen. Ungewöhnliches und Unverantwortbares ist geschehen!

Es ist nicht ungewöhnlich — das gebe ich zu, Herr Bundeskanzler —, daß ein Staatsmann heute jedweder Zeitung und jedwedem Massenmedium ein Interview gibt. Aber es ist die Frage, in welchem Zusammenhang er es gibt und was sich aus diesem Interview herauslesen läßt. Und hier ist etwas Unverantwortbares geschehen. Ungewöhnlich, Herr Bundeskanzler, war schon die Prozedur. Der österreichische Regierungschef, kaum im Amt, bedient sich ausgerechnet eines ausländischen Nachrichtenmagazins, das sich weltweit eines gewissen Rufes erfreut, um angeblich Mißstände in der österreichischen Verwaltung anzuprangern, denn das lesen wir heraus. Nach der von Ihnen groß angekündigten „Umfunktionierung“ der für die Information bestimmten Budgetgelder — Sie haben dies heute vormittag hier erst wiederholt — mußten die Österreicher auf eine spektakuläre, neue sozialistische Nachrichtenpolitik gefaßt sein. Daß wir aber künftighin ausländische Nachrichtenmagazine werden abonnieren müssen, um aus dem Munde des österreichischen Regierungschefs zu erfahren, wie „elendig“, wie „schlecht“, wie „sumpfig“ diese österreichische Verwaltung ist, zu deren obersten Organen der Interviewte gehört, das ist ein Vorgang, auf den wir nicht gefaßt waren und den wir nicht ohne schärfsten Widerspruch hinnehmen können. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. *L a n c*: *Damit schrumpfen Sie zur provinziellen Lächerlichkeit!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Sprechen Sie nachher, Herr Kollege

Dr. Karasek

Lanc! Jetzt bin ich am Wort. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. **Maleta**: Bitte sich in der Formulierung der Zwischenrufe etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter Dr. **Karasek** (*fortsetzend*): Aber ungewöhnlich und unverantwortbar sind auch die Äußerungen in der Sache selbst. Wenn man den Behauptungen des Regierungschefs Glauben schenkt, so ist seinen eigenen Worten zufolge in Österreich — er hat es selbst vorgelesen — noch nie so viel verbrannt worden wie bei diesem Regierungswechsel. Der Succus des ganzen Interviews kommt in dem sensationshascherischen Aufmacher zum Ausdruck: „Alle Öfen brennen“. Wo stehen denn, Herr Bundeskanzler, diese sagenhaften Öfen? Außer im Handelsministerium, das ich nicht kenne? Aber im österreichischen Bundeskanzleramt? Ich glaube, der Herr Bundeskanzler wird Schwierigkeiten haben, sie zu zeigen oder zu nennen. Aus meiner sehr intimen Kenntnis des Ballhausplatzes und anderer Ministerien möchte ich sagen: Falls sich während der Tätigkeit dieser Regierung viel verbrennenswertes Papier ansammeln sollte, dann werden Sie noch rechtzeitig solche Öfen installieren müssen, damit Sie das alles verbrennen können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Aber wir wissen ja, der Regierungschef hat sich nur einer bildhaften Sprache bedient, um die österreichische Verwaltung sachlich zu diskreditieren, und ich betone: Wir fühlen uns als österreichische Beamte, der ich immer noch bin, obgleich ich Abgeordneter bin, in den Augen von Ausländern herabgesetzt.

Wir müssen uns mit diesen Äußerungen auseinandersetzen, weil wir weder sachlich den Vorwurf dulden können, daß die Steuergelder der österreichischen Steuerzahler an alle „möglichen und unmöglichen Vereine“, wie es im Interview heißt, verschleudert wurden, noch hinnehmen können, daß jene österreichischen Beamten, die gewiß dem Herrn Bundeskanzler und allen neuen Mitgliedern der Bundesregierung beim Amtsantritt ihre Loyalität versichert und ihre Treue zu den Gesetzen der Republik bekannt haben, samt und sonders und ohne Ausnahme in den Verdacht geraten, eine Clique von Korruptionisten zu sein. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das haben Sie jetzt gesagt!*)

Zunächst ein Wort über die wegwerfende und verächtliche ... (*Weitere Zwischenrufe.*) Ich verstehe Sie leider nicht. — Das ist die Schlußfolgerung! Lesen Sie den ganzen Artikel. Das ist die Schlußfolgerung, Herr Abgeordneter! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Eine billige Schlußfolgerung!*)

Wir werden jetzt über die „möglichen und unmöglichen Vereine“ ein Wort zu sagen haben. Sie haben Ihre Vorstellungen von diesen Vereinen im „Spiegel“ nicht näher präzisiert. Jetzt haben Sie uns gesagt, Herr Bundeskanzler, es handelt sich um wichtige und weniger wichtige, größere und kleinere. Ich kann Ihnen eine Präzisierung geben, die man aus dem „Spiegel“ sehr wohl herauslesen kann. Ein Großteil der Vereine, an die Sie vermutlich gedacht haben, Herr Bundeskanzler, übt eine bedeutende gesellschaftspolitische Funktion aus, und ich stehe hier nicht an, zu sagen, ob sie nun von Sozialisten angeführt werden oder von Angehörigen der Volkspartei oder von Katholiken oder anderen Gruppierungen im Staat: sie nehmen dem Staate Aufgaben ab, die sie dank ihrer Struktur im allgemeinen besser, schneller und wirksamer erfüllen können. Diese Vereine und Organisationen sind auch seit dem Tag der Installierung der sozialistischen Minderheitsregierung keineswegs unentbehrlich geworden. Herr Bundeskanzler, aus den mir vorliegenden Aufstellungen — ich könnte jetzt eine Reihe sozialistischer Organisationen mit ebenso hohen Beträgen nennen, wie Sie sie genannt haben; ich habe die Aufstellung hier in der Tasche, aber ich bewahre mir das für jenen Zeitpunkt auf, zu dem Sie mit Ihren größeren Listen kommen — weiß ich, daß zu solchen Vereinen und Organisationen auch die österreichischen Kinderfreunde, der ASKO, die Naturfreunde-Jugend, die Österreichische Gewerkschaftsjugend, die Sozialistische Jugend, der Verband sozialistischer Mittelschüler und viele andere gehören, die Ihrer Partei, meine Damen und Herren, nahestehen. Ich weiß auch von der Gemeinde Wien — ich sage das, weil hier jetzt die Akademikerhilfe zitiert wurde —, daß die Schule in der Albertgasse mit einem Aufwand von 12 Millionen Schilling Steuergeldern für die Kinderfreunde hergestellt wurde. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Genau! Wiener Steuergelder! — Abg. Dr. Withalm: Na bitte! — Abg. Lukas: Das gehört ins Wiener Stadtparlament! — Weitere Zwischenrufe.*) Das ist kein Einwand, meine Damen und Herren, die Frage der Subventionierung.

Aber wahrscheinlich qualifizieren Sie die eben aufgezählten Vereine als die sogenannten möglichen Vereine, während vermutlich alle übrigen nach Ihrer Auffassung die unmöglichen Vereine sind. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Vielleicht ist Ihr „Spiegel“-Interview als Auftakt zur Streichung oder Verminderung von Subventionen bei den sogenannten unmöglichen Vereinen gedacht. Dann werden sich aber, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, die sozialistischen Minister

Dr. Karasek

auf dieser Ministerbank gefallen lassen müssen, daß wir ihnen auf die Finger schauen, wenn sie künftighin den vorgenannten nach Ihrer Anschauung möglichen Vereinen weiterhin Subventionen geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich sagte einleitend, daß die Äußerungen des Regierungschefs im „Spiegel“ mit Erstaunen und Verwunderung registriert wurden. Es ist nicht zuviel behauptet, wenn ich auch von der Empörung spreche, mit der diese Aussagen aufgenommen wurden, und zwar von jenen, die in der Ziellinie standen, Herr Bundeskanzler: von der österreichischen Beamtenschaft. Sie selbst gehören, wie wir alle wissen, dem Beamtenstand an. Umso unverständlicher ist es, wieso Sie in derart pauschaler Art und Weise Verdächtigungen äußern konnten, die wahrlich geeignet sind, die gesamte österreichische Beamtenschaft zu schädigen.

Sie können sich heute nicht etwa darauf zurückziehen, daß Sie bei Ihrem Interview nur die sogenannten obersten Organe der Bundesverwaltung, also die Minister und Staatssekretäre im Auge gehabt hätten, aber ich gebe zu, Sie haben ja dies nicht einmal in Ihrer Verteidigung behauptet. Ich darf daher den Schluß ziehen: Es waren die Beamten schlechthin gemeint. Sie wissen aber sehr genau, der Sie selbst lange ein Ministerium verwaltet haben, daß kein Minister selbst die Subventionsakten bearbeitet. Sie wissen, daß jeder Beamte zwar weisungsgebunden ist, aber die Befolgung von Weisungen ablehnen kann, wenn er gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstoßen würde, wie es der Abgeordnete Kranzlmayr bereits gesagt hat. Jeder, der je ein Subventionsansuchen eingebracht hat, weiß, durch wie viele Beamtenhände es geht, ehe es erledigt wird, selbst wenn der Minister erst am Schlusse seine Paraphe draufsetzt oder vorher bereits einen Wunsch geäußert hat. Aber für die Subventionsansuchen gilt wie für jede andere Verwaltungshandlung, daß gemäß Artikel 18 Bundesverfassung alle Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden kann. Sie wollen doch sicher nicht sagen, daß die österreichischen Beamten ohne jedes Gesetz und Recht wahllos Geldgeschenke nach links und nach rechts austeilen. Ich habe bitte das Wort „links“ zuerst genannt. *(Abg. Horr: Nur nach rechts!)* Gewiß wäre es erfreulich, wenn der Gesetzgeber in vielen Fällen seinen Gesetzauftrag klarer und bestimmter formulieren würde und damit dem Beamten die Last schwieriger Entscheidungen abnehmen würde. Gleichwohl ist es aber nicht so, als ob man nur zur Kassa kommen müßte, um die Hand hinzustrecken.

Sie selbst, meine Damen und Herren dieses Hohen Hauses, beschließen alljährlich durch die Budgetansätze, welche Anliegen Sie ge-

fördert haben möchten und welche nicht. Es gibt keine Buchhaltung in einem Ministerium, die eine von einem Abteilungsleiter, Sektionschef oder Minister unterschriebene Anweisung zur Auszahlung bringt, wenn diese Anweisung nicht mit den budgetgesetzlichen Ansätzen übereinstimmt und dort ihre Deckung hat.

Wenn Sie aber sagen wollten, daß Ihrer Ansicht nach zwar keine Gesetzesverletzung, keine Rechtswidrigkeit vorliege, daß Sie lediglich den Mißbrauch des freien Ermessens anprangern wollten, nun, Herr Bundeskanzler, auch dazu läßt sich vom Standpunkt eines korrekten Beamten einiges sagen:

Jeder österreichische Jurist, der in der strengen Zucht des österreichischen Verfassungs- und Verwaltungsrechtes groß geworden ist, hat sich mit dem Begriff des freien Ermessens ernst auseinandersetzen müssen. Wir haben gelernt — ich zitiere aus dem Lehrbuch von Antonioli —, daß „das freie Ermessen nie Ermächtigung zur Willkür bedeutet, denn jedes Handeln des Staatsorgans steht unter dem Geist des pflichtgemäßen Handelns. Diese Beschränkung der einmal der Behörde eingeräumten Freiheit ... ergibt sich“ — so sagt Antonioli — „auf dem Umweg über Normen, die in der Form einer Dienstordnung dem Beamten besondere Treuepflichten gegenüber dem Staat auferlegen“. Und schließlich sagt er: „Die dienstrechtliche Verpflichtung des Beamten mündet letztlich in seiner sittlichen Verpflichtung, aus den ihm freigestellten Lösungsmöglichkeiten die allein richtige zu wählen.“

Das sind, meine Damen und Herren, nicht bloß theoretische Worte eines Rechtslehrers, der es in unserer Republik zu Ansehen und hoher Funktion gebracht hat, das ist vielmehr überzeugender Ausdruck dessen, was österreichisches Beamtenethos genannt werden kann. So und nur so — im Bewußtsein, einem allgemeinen Sittenkodex unterworfen zu sein — handelt der österreichische Beamte, wenn der Gesetzgeber es unterläßt, den Gesetzauftrag näher zu determinieren.

Das Bedauerliche, Herr Bundeskanzler, an Ihren Äußerungen im „Spiegel“ sehe ich darin, daß das „Bild vom österreichischen Beamten“ zerstört wird. *(Abg. Benya: Keine Rede davon!)* Man sagt vom österreichischen Beamten, er sei loyal, korrekt, gesetzestreu und sauber. Und er ist es auch bis zu diesem Tage, das werden Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Minderheitsregierung gerade jetzt erfahren, wenn Sie Ihren Beamten gegenüber treten, die Sie zu beraten und zu betreuen haben, obgleich „sie Ihren politischen Gedanken“, wie es Herr Dr. Kreisky zu formulieren beliebte, „nicht nahestehen“.

Dr. Karasek

Tun Sie doch nicht so, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, als ob es bis 1966 in jenen Ministerien, in die damals erstmals ÖVP-Minister eingezogen sind und die 20 Jahre unter Ihrer Personalpolitik gewesen sind, von schwarzen Sektionschefs und schwarzen Ministerialräten nur so gewimmelt hätte. (*Ruf bei der SPÖ: Na na!*) Nennen Sie sie! (*Abg. Dr. Pittermann: Wer im Kanzleramt ist es nicht?*) Ich spreche von den sozialistisch verwalteten Ministerien. Herr Vizekanzler! Sie haben die verstaatlichten Industriebetriebe als Vizekanzler geleitet. Wie ist dort das Verhältnis der schwarzen Beamten zu den roten? (*Abg. Dr. Pittermann: Nein, ich nicht, sondern die Vorstände; das sollten Sie wissen!*) Ich? Ich habe mich nie dazu gedrängt. Ich bleibe, wo ich bin. Mir hat es im Ausland sehr gut gefallen, Herr Abgeordneter!

Ich frage Sie: Ist einem einzigen sozialistischen Sektionschef oder Beamten auf Grund seiner politischen Gesinnung ein Haar gekrümmt worden, nachdem die Minister Soronics, Weiß oder Rehor ihr Amt übernommen hatten? Sie, Herr Bundeskanzler, haben in der abgelaufenen Legislaturperiode keinen einzigen Fall in diesem Hohen Haus zur Sprache bringen können, nachdem Sie gleich zu Beginn wilde Warnungen an die Adresse der ÖVP-Regierung des Bundeskanzlers Klaus ausgestoßen hatten. (*Abg. Dr. Withalm: Auch im „Spiegel“ damals!*)

Glauben Sie wirklich, daß Sie glaubwürdig wirken, wenn Sie im „Spiegel“ behaupten: „Jetzt im nachhinein“ — Sie haben es ja selbst vorgelesen — „zeigt sich, daß sich trotz fast 20jähriger Koalition in der österreichischen Bürokratie kein Proporz gebildet hat.“ Dazu darf ich sagen: Es gibt heute in Österreich mehr Angehörige des Bundes sozialistischer Akademiker — laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 18. Mai 1968 genau 11.500 Mitglieder —, als es Angehörige des von Ihnen so viel geschmähten Cartellverbandes gibt, die immer die Ehre haben, von Ihnen von Zeit zu Zeit als die Buh-Männer der öffentlichen Verwaltung zitiert zu werden. (*Abg. Dr. Withalm: Nicht von Zeit zu Zeit!*) Sie haben uns quantitativ überflügelt. Hören Sie gut: „quantitativ“! (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Qualitativ waren wir schon immer voran!*)

Beantworten Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, die Frage, wie viele Spitzenbeamte im Magistrat der Stadt Wien einem ÖVP-Bürgermeister im Falle eines ÖVP-Sieges bei Wahlen gegenüber treten würden ... (*Abg. Dr. Pittermann: Wenn Sie den Jiresch herübernehmen ins Bun-*

deskanzleramt!) Proporz hin, Proporz her — in der Wiener Stadtverwaltung hat für die Sozialisten nie existiert, daß ein Drittel der österreichischen Wähler die ÖVP gewählt hat.

Ich sehe, daß meine Zeit leider zu Ende geht. Zum Abschluß möchte ich sagen: Das „Spiegel“-Interview des Herrn Bundeskanzlers ist für uns ein Alarmzeichen gewesen. (*Abg. Doktor Withalm: Beim „Spiegel“ hat er kein Glück!*) Sollte es als Vorbote einer Säuberungswelle im Stile des deutschen Wahlkampf-helfers Ehmke den Auftakt geben ... (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*) Jawohl, es waren ja Kontakte mit deutschen Regierungsstellen da. (*Abg. Sekanina: Wo nehmen Sie das her?*) Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat sich sicherlich bei Herrn Ehmke dafür bedankt, daß er im Jänner dieses Jahres hier gewesen ist. Es wäre nur eine höfliche Geste gewesen. Der Herr Bundeskanzler und Ihr Parteivorsitzender ist ein höflicher Mensch. Ich weiß es. (*Rufe bei der SPÖ: Na also!*)

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich sagen: Wenn dies der Auftakt zu einer Säuberungswelle bei Beamten sein sollte, dann verbürge ich mich persönlich und mit mir die Österreichische Volkspartei, daß keinem Beamten von der sozialistischen Minderheitsregierung ein Haar gekrümmt wird! Nehmen Sie zur Kenntnis, daß wir sehr wachsam sein werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Weisz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Weisz (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Für den Herrn Abgeordneten Karasek war es heute sicherlich eine sehr unangenehme Rede, die er halten mußte (*Abg. Dr. Withalm: Für Sie!*), um hier die dringliche Anfrage zu verteidigen. Herr Vizekanzler a. D.! Sie können sich dann zu Wort melden, wenn Sie wollen. Ich glaube aber, daß es meinen Vorrednern nicht zusteht, den Schützer der Beamten darzustellen. Denn es ist sehr überheblich, wenn er sagt, er würde trachten, daß keinem Beamten ein Haar gekrümmt wird. Ich glaube, das können Sie ruhig den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes überlassen, die bisher immer die Rechte der Beamten wahrgenommen haben. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Warum hat Dr. Kreisky das gesagt? — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.*) Die vier Gewerkschaften haben bisher immer wieder den Schutz der Beamten wahrgenommen. Sie waren es, die immer wieder für die Beamten eingetreten sind. (*Abg. Dr. Withalm: Warum hat denn*

Robert Weisz

Kreisky das 1966 gesagt? Damals waren auch schon die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes!)

In den Erklärungen, die der Herr Bundeskanzler heute abgegeben hat, ist nirgends festzustellen, daß bei einem Beamten eine Diffamierung erfolgt wäre und daß er herabgesetzt worden wäre.

Zu den Ausführungen meines Vorredners möchte ich eines sagen. Sie klangen bezüglich der „Qualität und Quantität der Beamten“ sehr überheblich. Ich glaube, daß die Beamten, die nicht dem CV angehören, auch qualitativ mindestens die gleiche Reihung haben wie Ihre Leute. Es besteht nur der Unterschied, daß sie nicht in so großer Zahl drangekommen sind. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Wenn Sie beispielsweise gefragt haben: „In welchem Ministerium hat es hohe Beamte gegeben?“, dann darf ich Ihnen zwei Fälle nennen: Als Dr. Hetzenauer Innenminister wurde, sind die Herren Sektionschef Dr. Hantschk und Sektionschef Dr. Seidler — beide ÖVP-Angehörige und CVer — in führenden Positionen gewesen. Ich möchte feststellen, daß sie es auch unter einem sozialistischen Minister waren.

Jetzt ist festzustellen, daß es zum Beispiel im Handelsministerium und im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nicht einen Beamten gibt, der nicht Ihrer Partei beziehungsweise Ihren Gruppen als höherer Beamter in Ihrem Sinne angehört. *(Abg. Linzbaue r: Im Sozialministerium?)*

Gerade die Sozialistische Partei und die Gewerkschaften haben sich bisher immer bemüht, die Interessen der ihnen mitgliedermäßig zustehenden Kollegen zu vertreten. Ich glaube, wir werden das so wie bisher weiter halten. Wir haben auch das Dienstpragmatikgesetz geschaffen, um die Beamten zu schützen.

Hier wurde gerade gesagt, daß die Beamten nichts gemacht hätten. — Sicherlich! Ich möchte daran erinnern, daß ich hier oft Fälle angeschnitten habe ... *(Abg. Suppan: Wer hat das Beamtenschutzgesetz geschaffen? Wir oder Sie?)* Herr Kollege Suppan! Sie können sich dann melden. — Dazu möchte ich sagen, daß gerade von ÖVP-Ministern sehr oft die Schuld auf die Beamten abgewälzt wurde. Hat es irgendwelche kitzelige Fragen gegeben, war dann immer der Beamte schuld. Hier konnte man wirklich nicht sehen, daß eine Verbindung zwischen den Beamten und der Spitze der Verwaltung bestanden hat. War keine Aussicht auf Erfolg gegeben, dann war als Letzter der Beamte schuld. *(Abg. A. Schläger: Zum Beispiel? — Abg. Steiner: Wer*

war der Schuldige?) Ich meine, daß die Gewerkschaften dafür sorgen werden, daß kein Beamter geschädigt wird.

Wenn hier — wie es der Herr Bundeskanzler in einem Brief vorgelesen hat — ein untergeordneter Beamter im Sinne unserer Hierarchie beauftragt wurde, etwas zu verbrennen, dann hat nicht der Beamte die Schuld, sondern derjenige, der die Weisungen für eine solche Handlung gegeben hat. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Staudinger: Sie „mißverstehen“ uns nicht richtig, Herr Kollege!)* Das ist möglich. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Es ist selbstverständlich, daß die Beamtenhierarchie und die Greißlerhierarchie etwas anderes sind. Daher gehen die Meinungen auseinander.

Von der Regierungsseite wird gesagt, die Beamten sind hierzulande geschützt. Ja, ich glaube, das können wir wirklich feststellen. In ganz Europa wird es keine Regierung geben, die eine einseitig politische Richtung hat und bei der die Spitzenbeamten bei den Regierungssitzungen zusätzlich dabei sind. Ich glaube nicht, daß es so etwas gibt. In der Praxis würde das bedeuten, daß die Regierung, wenn sie wirklich interne Fragen, die politisch von Bedeutung sind, besprechen will, praktisch eine Fraktionssitzung, trotzdem sie eine Alleinregierung ist, durchführen müßte. Das ist eine einmalige Geschichte, die bei uns in Österreich Platz gegriffen hat. Sie hat deswegen Platz gegriffen, weil die Beamten selbstverständlich den Schutz genießen, diese Positionen haben und auch in diesen Positionen geachtet werden. Ich glaube, daß man das in diesem Hohen Haus auch einmal feststellen muß.

Nun möchte ich ein paar Worte zu der Subventionsfrage sagen. Herr Dr. Kranzlmayr! Es wäre sicherlich sehr interessant und wird interessant sein, wenn diese Papierstöße einmal entblättert werden. Es müßte dann herausgeschrieben werden, wie die Subventionspolitik wirklich durchgeführt wurde. Sicherlich wurde dabei sehr breit gestreut. Aber die breite Streuung hat sich auch in den Beträgen anders ausgewirkt. Bezüglich der Akademiker und der Sozialistischen Studenten möchte ich nur ein Beispiel sagen. *(Abg. Vollmann: Es kommt auf die Vollständigkeit an!)*

Auf eine Anfrage an den damaligen Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević haben wir die Antwort erhalten, daß der Verband der Querschnittsgelähmten 25.000 S an Subventionen erhalten hat. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Das ist eine Gruppe der wahrscheinlich ärmsten Menschen in unserem Lande. Wei-

Robert Weisz

ters gab es eine Jugendgruppe in Strebersdorf, der ÖVP nahestehend, die damals 100.000 S an Subventionen bekam. Ich erinnere mich an diese zwei Posten, weil sie hintereinander gestanden sind: der Verband der Querschnittsgelähmten bekam 25.000 S und eine Jugendgruppe in Strebersdorf 100.000 S. (Abg. Staudinger: Was heißt „der ÖVP nahestand“? Welche Gruppe war das?) Eine Jugendgruppe. (Rufe bei der ÖVP: Welche Gruppe war das?) Es war eine Jugendgruppe. (Abg. Benya: Strebersdorfer Schulbrüder! — Abg. A. Schlager: Welche Gruppe war das? — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.)

Weil immer wieder von der Subventionspolitik der Gemeinde Wien die Rede ist, darf ich sagen, daß im Amtsblatt vom 21. März 1970 eine Aufteilung der Mittel an Jugendorganisationen festgelegt ist. Der Betrag macht hier genau 2 Millionen Schilling aus. Ich bitte Sie, sich nicht aufzuregen und nun ein bißchen zuzuhören, wie die Aufteilung erfolgt ist, die angeblich nur nach politischen Gesichtspunkten durchgeführt wurde:

Die Katholische Jugend hat 230.000 S erhalten, die Katholische Jungschar 200.000 S, die Kolping-Jugend 40.000 S, der Mittelschüler-Kartellverband 40.000 S, und die Naturfreundejugend hat 30.000 S bekommen. — Auch hier müssen Sie den Vergleich sehen. — Die Junge Generation in der ÖVP bekam 220.000 S und das Österreichische Jungvolk 20.000 S. Weiters erhielt der Verband Marianischer Studentenkongregation 10.000 S. (Abg. Vollmann: Das sind doch alles keine Parteien!) Ich nehme an, daß die Junge Generation in der ÖVP doch eine Parteieinrichtung ist und daß die Katholische Jungschar und der Mittelschüler-Kartellverband doch irgendwelche Organisationen sind, die der ÖVP nahestehen. (Abg. Dr. Withalm: Wo ist die Parteifinanzierung?) Sie wissen selber, Herr Vizekanzler a. D., daß das praktisch eine indirekte Parteifinanzierung ist, darauf kommt es schließlich heraus (Abg. Dr. Withalm: Worin besteht die? Das verstehe ich nicht!), und wenn diese Organisationen aus Staats- oder Gemeindegeldmitteln Geld bekommen, dann ersparen es sich die Parteien, diese Organisationen finanziell zu unterstützen. Es hat keinen Zweck, so zu tun, als ob gerade Sie als Generalsekretär der Partei nicht wüßten, was hier gespielt worden ist. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Herr Abgeordneter Weisz! Ich danke Ihnen, daß Sie mich aufklären, wie das bei der Sozialistischen Partei gemacht wird!) Das war sehr interessant für mich!) Wenn unsere Jugendorganisationen infolge Ihrer „glücklichen“ Sub-

ventionspolitik nicht so viel Geld erhalten, dann ist die Partei gezwungen gewesen, den Organisationen mehr Geld zu geben, damit diese leben können. So ist es, wenn Sie es wissen wollen! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Von wo?) Und zwar Gelder unserer Parteimitglieder, wenn Sie es wissen wollen, und nicht Subventionen von irgendwelchen anderen Gruppen.

Zum Schlusse möchte ich sagen, weil heute in der Diskussion dem Herrn Bundeskanzler vorgeworfen wurde, daß er nach Deutschland gefahren ist und dort Gespräche geführt hat. (Abg. Dr. Kranzlmayr: Das haben wir ihm nicht vorgeworfen!) O ja, das war ja eine Anfrage von Ihnen.

Am 5. März 1969 war eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Probst und Genossen an den Herrn Bundeskanzler, betreffend Aussprache mit führenden Politikern der Bundesrepublik Deutschland. Auch er hat dort die Erklärung abgegeben, wie die Zusammensetzung der Delegierten bei dieser Besprechung war, was besprochen wurde. (Abg. Suppan: In Österreich!) Moment! Ich komme jetzt zu dem, was wichtiger ist. Der Herr Bundeskanzler hat darauf geantwortet:

„Bei diesem Zusammensein mit Fachleuten wurde ganz allgemein auf die konjunktur-, wirtschafts- und währungspolitische Situation in Europa und in der Welt gesprächsweise eingegangen.“

Ich müßte fast sagen, der Herr Bundeskanzler hat fast wortwörtlich dieselben Sätze gebraucht. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Er hat das „abgeschrieben“, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, ja.

Aber nun kommt das, was der Herr Bundeskanzler am Schluß gesagt hat, und das ist vielleicht das Wichtigste. (Abg. Benya: War das der Herr Klaus?) Das war Herr Bundeskanzler a. D. Dr. Klaus. Nun kommt noch der Schluß:

„Die Frage 6 lautet: Ist beabsichtigt, Gespräche dieser Art und auf dieser Ebene fortzusetzen?“

Hiezu antworte ich wie folgt: Ich werde mir auch in Hinkunft das Recht und die Pflicht nicht nehmen lassen, auch als Privatmann wenn immer in Österreich zu treffen, insbesondere wenn es sich um prominente Gäste aus West oder Ost handelt.“

Das war bei Bundeskanzler a. D. Dr. Klaus. Das gilt nicht für Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Sie sehen, wenn Sie eine Oppositionsrolle spielen wollen, sollte sie aus einer echten Opposition bestehen, aus einer aufrichtigen Opposition, aber nicht nur Opposition um der Opposition willen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vom Herrn Abgeordneten Dr. Withalm stammt das Wort, daß die dringliche Anfrage eine der schärfsten Waffen der parlamentarischen Opposition ist. Die nunmehr in der Opposition befindliche Österreichische Volkspartei hat diese scharfe und harte Waffe des Parlamentarismus in dieser Gesetzgebungsperiode heute zum ersten Mal angewendet.

Man kann über die Schärfe des Withalm'schen Schwertes geteilter Meinung sein. (*Abg. Benya: Ein Rohrkrepierer!*) Ich könnte mir vorstellen, daß es für die Österreichische Volkspartei und sicher auch für uns Freiheitliche heute ein überaus interessantes Thema für eine dringliche Anfrage gegeben hätte: die Ablehnung der Fusionierung OMV — Stickstoffwerke durch die sozialistische Minderheitsregierung. Aber die Österreichische Volkspartei hat sich zu einem anderen Thema entschlossen.

Der Herr Abgeordnete Kranzlmayr führte namens der Österreichischen Volkspartei die Klinge. Ich bin von seiner Argumentation nicht sehr überzeugt, genausowenig wie ich von der Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers beeindruckt bin. Ich bin vielmehr der Meinung, daß von beiden Seiten mit starken Übertreibungen zu Felde gezogen wurde.

Herr Bundeskanzler! Sie kommen von der Berufsdiplomatie her. Man sagt Ihnen nach, daß Sie nicht nur ein äußerst versierter Taktiker, sondern auch ein äußerst kluger Diplomat seien. Wenn man aber das „Spiegel“-Interview nachliest, kommt man nicht zu dem Eindruck, daß diese Ausführungen dem Munde eines gewiegten und erfahrenen Diplomaten entstammen.

Genausowenig überzeugt mich der Vorwurf der Österreichischen Volkspartei, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Kreisky im „Spiegel“ einer schwerwiegenden Diffamierung des österreichischen Beamtentums gleichkämen. Natürlich sind sie abwertend für den Stand der Beamten unseres Landes.

Aber es ging eben zu, wie es einem Politiker bei einem Interview gehen kann: Nicht jeder Satz entspricht inhaltlich vollkommen und enthält eine vollendete Formulierung. Das kann jedem von uns widerfahren. Ich hätte gar nichts daran gefunden, wenn der Herr Bundeskanzler heute nüchtern und sachlich festgestellt hätte, daß in dem einen oder anderen Satz oder mit der einen oder anderen Formulierung nicht sehr präzise das zum Aus-

druck gebracht wurde, was er letzten Endes sagen wollte.

Die „Verbrennungsvorwürfe“ des Herrn Bundeskanzlers im „Spiegel“ sind genauso wenig präzise formuliert wie die Angriffe, die der Herr Abgeordnete Kranzlmayr namens der Österreichischen Volkspartei vorgetragen hat.

Ich könnte mir vorstellen, Herr Bundeskanzler, daß es in verschiedenen Ministerien sehr viel zu verbrennen gegeben hätte, ohne daß irgend jemand mit dem Gesetz und seinen Pflichten in Konflikt geraten wäre. Wir hatten es ja in den abgelaufenen vier Jahren mit einer sehr papier- und produktionsfreudigen ÖVP-Alleinregierung zu tun. Uns sind zum Beispiel Verkehrskonzepte präsentiert worden, die in der Endkonsequenz keine Verkehrskonzepte waren. Sie erinnern sich noch daran, meine Damen und Herren, in welcher hohen Auflage seinerzeit der Koren-Plan produziert wurde. (*Abg. Dr. Koren: Vergriffen!*) Und in meinem Aktenschrank gibt es eine Vielfalt solcher Broschüren der Österreichischen Volkspartei. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden, Herr Bundeskanzler, wenn die Beamten der einzelnen Ressorts diese Altbestände an ÖVP-Propaganda den Flammen oder dem Zerzeißwolf übergeben hätten. (*Beifall bei der FPÖ. — Heiterkeit bei der SPÖ.*) In diesem Sinne finde ich an der inkriminierten Formulierung des Herrn Bundeskanzlers überhaupt nichts auszusetzen.

Was sich in der letzten Stunde vor diesem Rednerpult vollzogen hat, war von dem Geist getragen: Haust du meine Beamten, hau ich deine Beamten!, schützt du meine Beamten, schütz ich deine Beamten. Die bisherige Diskussion war nichts anderes als das Waschen einer Wäsche, die ja letzten Endes Sie, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, mehr als 20 Jahre hindurch in einer großen Koalition gemeinsam so „hergerichtet“, ich will nicht sagen so beschmutzt haben, wie sie sich eben jetzt darbietet. Da brüstet sich der eine, daß die CVer nach der Machtübernahme der SPÖ-Minderheitsregierung in ihren Positionen geblieben sind, und da brüstet sich der andere, daß zur Zeit der großen Koalition unter einem roten Minister auch ein CVer in seiner Position bleiben konnte, und da berief sich der vorangegangene Bundeskanzler Dr. Klaus darauf, daß in den abgelaufenen vier Jahren keinem Sozialisten in irgendeiner Beamtenposition ein Haar gekrümmt worden sei.

Wozu, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei, über Selbstverständlichkeiten reden,

Peter

wobei Sie doch endlich erst — die ÖVP in den letzten vier Jahren und die Sozialistische Partei, seit sie in dieses Minderheitskabinett eingetreten ist — beginnen, diese Selbstverständlichkeiten in ihrer politischen Arbeit zu praktizieren?

Die vorangegangene Diskussion unterstreicht mit allem Nachdruck eine Forderung, die der Chef dieses sozialistischen Minderheitskabinetts nach Ansicht von uns Freiheitlichen zu Recht erhoben hat und die wir Freiheitlichen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften unterstützen werden: Die öffentliche Ausschreibung öffentlicher Positionen unter der Kontrolle des Anwalts des öffentlichen Rechtes, der zu schaffen sein wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn wir diesen Schritt im Sinne der Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit des österreichischen Beamtentums gemeinsam tun, dann, glaube ich, erweisen wir der Demokratie und unserer Republik einen Dienst.

Aber da wird jetzt vom Herrn Bundeskanzler angekündigt, daß er diesem Parlament sehr ausführlich über das berichten wird, was heute im Raume stand, und da geht dann der Herr Abgeordnete Karasek her, hält verschämt eine vielleicht interessante Subventionsliste in der Hand und sagt: Auch ich werde erst zu einem späteren Zeitpunkt die mir verfügbaren Geheimnisse preisgeben.

Herr Bundeskanzler! Präzise haben Sie heute weder formuliert noch argumentiert; genauso wenig präzise, meine Damen und Herren, waren Ihre Argumente, die Sie von der Österreichischen Volkspartei gesetzt haben.

Herr Bundeskanzler! Wenn Dinge verbrannt worden sind, die die Aufschrift „Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau“ getragen haben, dann reicht das wohl so geraume Zeit zurück, daß auf Grund dieses Umstandes zum Ausdruck kommt, hier gab es nichts zu verbergen, was in die Zeit der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 gefallen ist. *(Abg. Mitterer: Fünftschrift!)* Herr Minister a. D. Mitterer, ich will mich darüber nicht verbreiten. Wir Freiheitlichen sind 20 Jahre Oppositionspartei. Wir haben — das Wort ist heute schon strapaziert worden — keine „Intimkenntnis“, wie der Herr Abgeordnete Karasek sich ausdrückt, wie es in den inneren Bereichen des Bundeskanzleramtes und in anderen Ressorts aussieht.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß man dieses Kapitel einer nicht sehr ruhmvollen politischen Vergangenheit der Zweiten Republik in einer gemeinsamen konstruktiven Arbeit aller drei Fraktionen in dem Sinn be-

wältigen sollte, daß der Beamte in Österreich endlich das werden kann, was er nach der Verfassung sein soll: in jeder Phase seines Wirkens und Handelns frei und unabhängig von jedem parteipolitischen Einfluß! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Abgeordnete Peter, bemühte sich in kurzen Ausführungen, sowohl den Inhalt des „Spiegel“-Interviews wie auch den Gegenstand der dringlichen Anfrage zu bagatellisieren, zu verniedlichen.

Ich kann mich dieser Auffassung auf gar keinen Fall anschließen! Ich will nicht wortklauben, weder hinsichtlich dessen, was jetzt der Herr Bundeskanzler in seiner Beantwortung zum Ausdruck gebracht hat, noch hinsichtlich dessen, was im „Spiegel“-Interview drinnen steht. Aber eines steht doch fest, und ich glaube, jeder, der objektiv den heutigen Verhandlungen gefolgt ist, jeder, der dieses Interview selbst gelesen hat, wird mir recht geben, wenn ich sage: Der wesentliche Inhalt ist doch der, der Österreichischen Volkspartei, den bisherigen Regierungsmitgliedern eins auszuwischen, ihnen etwa nach dem Grundsatz „Aliquid haeret“ — irgend etwas wird schon hängenbleiben — zu unterstellen, zu unterschieben, unterschwellig zu behaupten: Na die haben allerhand zu vertuschen, die haben unter ihrer Verantwortung allerhand gemacht, was mit bestehenden Gesetzen nicht vereinbar ist, und das soll nun durch diese Verbrennungsaktion aus der Welt geschafft werden!

Die Antwort, die der Herr Bundeskanzler der derzeitigen Minderheitsregierung gegeben hat — und das erlaube ich mir als einer jener Abgeordneten zu sagen, die immerhin mehr als eineinhalb Jahrzehnte diesem Hause und mehr als fünf Jahre einer anderen gesetzgebenden Körperschaft angehört haben —, diese Antwort ist mehr als unbefriedigend und unzureichend.

Ich könnte mir jetzt — wenn eine solche Antwort etwa vom Bundeskanzler Dr. Klaus gegeben worden wäre — vorstellen, daß ein Herr Abgeordneter Dr. Bruno Pittermann, ein Herr Abgeordneter Weikhart oder wie sie sonst alle hier sitzen, hier zum Rednerpult kommen und sagen würde: Herr Bundeskanzler, Sie haben auf die Frage 1 nicht geantwortet, warum Sie den selbstverständlichen Weg eines Berichtes an den Nationalrat nicht gewählt haben, wenn Sie der Meinung sind, daß hier etwas nicht in Ordnung ist. Diese

Glaser

Frage hat beispielsweise Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky überhaupt vollkommen negiert.

Oder wenn der Herr Bundeskanzler in seiner sehr flüchtigen Beantwortung zur Frage 2: „Welche Vereine klassifizieren Sie als ‚mögliche‘ und welche als ‚unmögliche‘ Vereine?“, nur die Antwort parat hatte: Na das ist so ein österreichischer Sprachgebrauch — dann, meine Damen und Herren, muß ich feststellen, der österreichische Bundeskanzler muß sich etwas besser überlegen, was er sagt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Freilich, beim Herrn Dr. Kreisky sind wir ja allerhand gewohnt, denn wir haben ja nach der Wahl feststellen können, daß er in einem Fernsehinterview erklärte, er habe jetzt Auftrag gegeben, alles zu katalogisieren und zu ordnen, was er so im Laufe der Wahlbewegung und vorher gesagt hat. Das heißt, anders ausgedrückt, er hat so viel geredet, er hat so vielen so viel versprochen, daß er gar nicht mehr weiß, was er allen alles versprochen hat, sodaß er es jetzt katalogisieren muß. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Noch einmal zur Bezeichnung „mögliche“ und „unmögliche“ Vereine: Das kann sich irgendwo einer am Stammtisch oder sonst wo erlauben, aber nicht der Regierungschef der Republik Österreich. (*Rufe bei der ÖVP: Sehr richtig!*)

Zur Behauptung der indirekten Parteifinanzierung: Die Antwort, die darauf gegeben wurde, ist typisch für den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei und für den derzeitigen Regierungschef: Alles, was nicht mit der SPÖ in direktem Kontakt steht, was nicht im Statut der Sozialistischen Partei verankert ist, wird der Gegenseite zugerechnet, wird selbstverständlich als ÖVP-nahestehend bezeichnet. Es mögen sich auch katholische Kreise merken, wie etwa jetzt die Antwort des Herrn Abgeordneten Weisz lautete, der von vornherein feststellte, die Katholische Jungschar sei der Österreichischen Volkspartei zuzurechnen. (*Ruf bei der SPÖ: Vielleicht gar der Sozialistischen Partei?*)

Das Wort „Äquidistanz“ ist zwar ein Fremdwort, Kollege Weisz, aber es dürfte sich in der Zwischenzeit schon herumgesprochen haben, was die Äquidistanz der katholischen Kirche bedeutet. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Nichtssagend war das Argument, hier mit einigen angebrannten Papierstückeln herumzufucheln. Meine Damen und Herren! Jeder von uns wäre in der Lage, innerhalb, ich möchte sagen, einer Viertelstunde ein paar so angesengte Papierblätter hierherzubringen. (*Beifall und Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Weikhart.*)

Herr Abgeordneter Weikhart — wir verstehen uns in vielen Dingen gut —, jetzt werde ich Ihnen auch gleich etwas sagen. Es ist doch geradezu symptomatisch, daß eine der ersten Handlungen des Chefs der Minderheitsregierung darin besteht, in den Ofen zu schnüffeln beziehungsweise schnüffeln zu lassen. (*Widerspruch und Heiterkeit bei der SPÖ. — Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

In der Eile konnten wir bisher eines feststellen: Daß es sich beispielsweise bei jenen Telegrammen, von denen der Herr Bundeskanzler hier gesprochen hat und die angeblich angebrannt wurden, um Viert-, Fünft- oder Sechtschriften gehandelt hat, die der raschen Information des jeweiligen Ministers dienten. Die Originale dieser Telegramme liegen sowohl in den Akten des Handelsministeriums wie des Außenministeriums. Daß von irgendeinem Telegramm Durchschriften oder Durchschläge zur raschen Information des Ministers gemacht werden und diese dann nicht bloß bei einem Ressortwechsel oder besser gesagt bei einem Wechsel in der Person des Ressortchefs, sondern immer wieder von Zeit zu Zeit vernichtet werden, ist wohl selbstverständlich.

Noch einmal, ich bin weit davon entfernt, etwa einen ungesetzlichen Akt zu decken oder auch nur den Versuch zu unternehmen, eine solche Handlung zu decken, aber was ich mit aller Vehemenz verurteile, ist das Hinstreuen von Verdächtigungen, wie das der Herr Bundeskanzler auch jetzt wieder gemacht hat, ohne daß etwas Konkretes dran ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn der Herr Bundeskanzler die Auffassung haben sollte, es ist etwas geschehen, was nicht in Ordnung ist, es ist etwas geschehen, was mit bestehenden Gesetzen nicht zu vereinbaren beziehungsweise sogar für eine Strafverfolgung geeignet ist, dann hätte er die verdammte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, eine Anzeige zu erstatten. (*Abg. Benya: Anzeigen! Einsperren!*) Oder wenn er dieser Meinung nicht gewesen wäre, dann hätte er dem Nationalrat einen Bericht darüber vorlegen müssen, was seiner Meinung nach alles geschehen ist.

Der Herr Bundeskanzler hat jetzt wieder groß angekündigt: Wir fühlen uns verpflichtet, die Subventionszahlen zu veröffentlichen! Meine Damen und Herren, zumindest jene von Ihnen, die der letzten, der XI. Gesetzgebungsperiode angehört haben! Erinnern Sie sich nicht mehr, wie viele Anfragen sowohl von dieser Seite wie auch von dieser Seite (*Redner zeigt zu den Fraktionen der SPÖ und der FPÖ*) des Hauses gekommen sind und wie immer wieder gefragt wurde: Wer wurde mit

Glaser

wieviel, wann und wo subventioniert?, Welche Ansuchen wurden abgelehnt?, und dergleichen mehr. Es wurden auch von unserer Seite Anfragen gestellt, die, glaube ich, bis in die Jahre 1961, 1962, 1963 zurückgegangen sind. In meiner langen Tätigkeit in diesem Hause habe ich niemals so dicke Anfragebeantwortungen bekommen wie gerade in diesen vergangenen vier Jahren.

Sie meinen, Sie möchten einiges hören oder es soll Ihnen einiges in Erinnerung gerufen werden. Wollen Sie beispielsweise bezüglich des Verkehrsministeriums nur ein paar Hinweise haben? Im Jahre 1969 wurde eine ganze Reihe offenbar dem Statut nach auch zu der Sozialistischen Partei zählender Vereine subventioniert, die Naturfreunde genauso wie der ASKÖ, der Steirische Luftfahrerverband des ASKÖ, die ASKÖ-Fliegergruppe Eisenstadt, der ASKÖ-Wiener Luftfahrerverband und so weiter.

Oder wenn Sie aus dem Sozialministerium ein paar Zahlen in Erinnerung gerufen haben wollen: Im Jahre 1962 beispielsweise wurden die Österreichischen Kinderfreunde mit 1,045.000 S, im Jahre 1963 mit 1,010.000 S subventioniert, und das setzt sich in siebenstelligen Zahlen fort (*Zwischenrufe*); ASKÖ und angeschlossene Vereine 1968 — 1968 bitte! — 1,561.000 S.

Meine Damen und Herren! Das sind aber nicht Zahlen, die ich mir irgendwo, ich weiß nicht, von einem Beamten oder von sonstwo beschafft habe, sondern die können Sie jederzeit, sofern Sie Ihre Unterlagen so schön geordnet aufheben, wie ich das zu machen pflege, in den Beantwortungen der verschiedenen Anfragen finden.

Ich sage noch einmal: Es ist bestimmt nicht darum gegangen, etwa jetzt zum Ausdruck zu bringen, daß das Ganze ohnehin harmlos war, sondern das Ziel, der Zweck dieses Interviews und auch der Antwort des Herrn Bundeskanzlers der Minderheitsregierung war jetzt typisch nichts anderes, als den Ministern, die der Österreichischen Volkspartei angehört haben, eins auszuwischen, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, hier ist allerhand passiert, und das wollen sie nun vertuschen.

Wenn der Herr Bundeskanzler etwa bei der Beantwortung der Frage 8 — ich darf sie in Erinnerung rufen: „Warum haben Sie“, so lautet unsere Anfrage, „davon nicht die zur Strafverfolgung zuständigen Behörden verständigt?“ — nur sagt, weisungsgebundene Beamte könnte er nicht zur Strafverfolgung beantragen, und wenn schon, dann höchstens die verantwortlichen Ressortchefs, womit gewissermaßen mit Gönnermiene noch zum Ausdruck gebracht wird: Aber ich bin ein „klässer“

Bursch, ich tu euch nichts!, dann muß ich sagen daß wir das ganz entschieden ablehnen! Herr Bundeskanzler! Wenn Sie etwas Konkretes haben oder wissen, dann gehen Sie dorthin, wo in Österreich die dafür zuständigen Stellen sind und wo Recht gesprochen wird, aber unterlassen Sie die ständigen Diffamierungen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Weisz meinte, daß der Redner der Österreichischen Volkspartei, Dr. Karasek, heute eine schwierige Aufgabe zu übernehmen gehabt hätte. (*Ruf bei der SPÖ: So wie Sie!*) Er führte dann unter anderem aus ... War das Sekanina? (*Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter Sekanina! Ich würde Ihnen empfehlen, mit Ihren Zwischenrufen etwas vorsichtiger zu sein, sonst müßte ich mir wirklich einmal eine Photokopie eines von Ihnen gezeichneten Flugblattes aus dem Jahre 1966 vornehmen. Die Ausdrücke, mit denen Sie uns damals bedacht haben (*Abg. Sekanina: Haben Sie damals getroffen!*), lauteten auf uns zuge dachte Fußtritte und Gott weiß was noch alles. Es wäre viel besser für Sie, wenn Sie zuhören würden! (*Ruf bei der SPÖ: Dr. Bauer! — Weitere Zwischenrufe.*)

Der Abgeordnete Weisz meinte, der Schutz der Beamten sei ohneweiters den vier Gewerkschaften zu überlassen. Ich muß den Abgeordneten Weisz nur fragen — das sage ich als einer, der länger als so mancher von Ihnen Gewerkschaftsfunktionen innegehabt hat —, wo diese vier Gewerkschaften etwa zu der Zeit geblieben sind, als der langjährige Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Innenminister wurde und als unter seiner Verantwortung Dutzende und Aberdutzende Verfolgungen, Schädigungen, Versetzungen und weiß Gott was noch durchgeführt wurden. (*Zwischenrufe.*)

Ich frage den Abgeordneten Weisz: Von wem stammt denn die Initiative zu der Novellierung der Dienstpragmatik, zum Beamten-schutzgesetz? Nur von den Abgeordneten der Volkspartei, insbesondere von den Abgeordneten des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Wir haben ihn hinausgeschmissen, und der Wirthalm hat ihn in den Armen gehalten! — Abg. Dr. Wirthalm: Dann war er wahrscheinlich gar nicht bei der SPÖ! Das ist eine Kindesweglegung!*) Ich hoffe, daß der Herr Präsident so gnädig ist und mir wie bei einem Fußballspiel, wenn wegen Differenzen der Mannschaften nicht gespielt werden kann, jene Zeit einrechnet; das hat mir momentan immerhin mindestens eine Minute gekostet.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler sagte unter anderem, es spiele keine

Glaser

Rolle, ob er ein Interview einer inländischen oder einer ausländischen Zeitung oder Zeitschrift gebe beziehungsweise ob er eine Feststellung in einer inländischen oder einem ausländischen Massenmedium mache. Erklärungen dieser Art in einer ausländischen Zeitung seien, so sagte Dr. Kreisky, genauso wenig geheim wie die Fahrpläne der Österreichischen Bundesbahnen. Ich glaube, auch dabei darf man es sich nicht so billig machen. Meine Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses! Wie oft haben Sie Regierungsmitgliedern meiner Partei, wie oft haben Sie vor allem dem bisherigen Bundeskanzler den Vorwurf gemacht, den Vorhalt gemacht, diese oder jene Frage hätte er zuerst im Parlament behandeln müssen! Ist vielleicht bei Ihnen jetzt ein solcher Wandel eingetreten, daß das, was bei Klaus kritisiert wurde, bei Kreisky hundertprozentig recht ist? *(Zwischenrufe.)* So etwa, wie Herr Dr. Kreisky selbst heute sinngemäß sagte: Sozialistische Staatssekretäre sind notwendig, und ÖVP-Staatssekretäre sind überflüssig! Wenn das Ihre neue Philosophie ist, dann muß ich sagen, daß wir uns darin nie finden werden und daß wir diesbezüglich noch so manchen harten Strauß miteinander auszufechten haben werden. *(Zwischenrufe.)*

Ich darf zum Schlusse kommen und auf folgendes noch besonders hinweisen. Die österreichische Beamtenschaft ist hinsichtlich ihrer Pflichten, hinsichtlich ihrer Arbeiten, ihrer Aufgaben, ihrer Leistungen an Gesetze gebunden, und ebenso sind die Vorgesetzten dieser Beamten an Gesetze gebunden, die Minister und auch der Herr Bundeskanzler. Wenn beispielsweise dem Herrn Bundeskanzler ein strafbarer Tatbestand zur Kenntnis kommt, dann hat der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky die Pflicht, auf Grund dieses ihm zur Kenntnis gekommenen vermeintlichen oder vermutlichen strafbaren Tatbestandes entsprechende Handlungen zu setzen, Untersuchungen anzuordnen, Anzeigen zu erstatten. Aber er hat nicht nur diese Pflichten nicht erfüllt, sondern er hat eine grobe Verletzung und eine Schädigung des Ansehens sowohl der betroffenen Bediensteten wie auch der früheren Minister dadurch herbeigeführt, daß er eine ausländische Zeitung — übrigens beziehungsweise zum zweitenmal — für derartige Erklärungen benützt. Denn schon 1966 oder 1967 war es ein „Spiegel“-Interview, in dem er angekündigt hat, daß er stundenlang in diesem Parlament Listen von gemäßregelten und verfolgten öffentlichen Bediensteten verlesen wird. *(Rufe des Abg. Pay.)* Herr Kollege Pay! Das war ein „Spiegel“-Interview. Sie können sich den „Spiegel“, wenn Sie ihn anderswo nicht bekommen, in der Bibliothek ausleihen und können dort nachlesen, dann sehen Sie, daß das vorher Gesagte stimmt. Aber es ist auch zu dieser

Listenvorlesung nicht gekommen. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Ich wiederhole und schließe damit: Was hier geschehen ist, ist eine grobe Verletzung der Pflichten, ist eine Schädigung des Ansehens sowohl der betroffenen Beamten wie auch eine Schädigung des Ansehens der früheren Regierungsmitglieder, wenn sie auf diese Art und Weise diffamiert werden und wenn durch diese Vorgangsweise ihr Ansehen herabgesetzt wird.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß derartige Handlungen des Herrn Bundeskanzlers, vom Ofenschnüffeln angefangen bis zum Diffamieren in ausländischen Zeitungen, auf diesen einmaligen Akt beschränkt bleiben.

Sollte das nicht der Fall sein — das darf ich auch dem Herrn Abgeordneten Peter versichern —, dann werden wir Abgeordnete der Volkspartei jede sich bietende Gelegenheit benützen, um dem Herrn Bundeskanzler Doktor Kreisky ganz gehörig auf die Finger zu schauen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Er hat das Wort.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Hohes Haus! Ich werde versuchen, eine Polemik zu unterlassen, wenngleich ich nun einmal feststellen möchte, daß ich nirgends in der Geschäftsordnung des Hohen Hauses irgendeine Stelle gefunden habe, die das einem Minister beziehungsweise den Regierungsmitgliedern untersagen würde. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Fachleitner: Das sieht Ihnen ähnlich, Herr Bundeskanzler!)* Ich wäre sehr dankbar, wenn man sich diese Sache für die Zukunft — das gehört vielleicht mit zur Parlamentsreform — einmal überlegen könnte. Ich werde mich also an diesen Brauch halten und nicht polemisieren. *(Abg. Dr. Wirthalm: Herr Bundeskanzler! Darf ich Ihnen etwas sagen: Man merkt hier, daß Sie in der letzten Legislaturperiode sehr wenig im Parlament waren, sonst hätten Sie aus dem Munde Ihrer Kollegen gehört, daß Polemik verboten ist!)* Ja, es mag schon sein. Wenn ich Ihnen die Antwort mit Zustimmung des Präsidenten geben darf, so möchte ich sagen: Ich glaube, daß der Herr Vizekanzler a. D. über diese Frage mit mir zu einem anderen Zeitpunkt reden sollte als in einem Augenblick, in dem ich gar nicht in der Lage bin, ihm darauf die Antwort zu geben, die ich ihm gerne geben möchte. Mir können Sie nur die Fragen stellen und mit den Antworten rechnen, die ich in dieser Funktion jetzt geben kann. *(Abg. Doktor Wirthalm: Ich glaube, das Podium für Sie und für mich ist das Parlament!)* Ich möchte sagen, daß ich mich dem Brauch und der Übung beuge, die es im Parlament nun

Bundeskanzler Dr. Kreisky

einmal gibt, daß man von dieser Stelle aus keine polemischen Bemerkungen macht.

Ich muß noch einmal wiederholen: Sie haben zum Gegenstand einer dringlichen Anfrage bei einem zweieinhalbseitigen Artikel im „Spiegel“ nichts anderes gefunden als den Passus, daß in den Ministerien noch nie so viel verbrannt worden ist wie bei diesem Regierungswechsel.

„Alle Ofen brennen“. — Ich habe damit keinerlei Beleidigung irgendeines Beamten verbunden. Ganz im Gegenteil! Ich habe die verpflichtende Erklärung abgegeben, daß auch den Beamten, die den politischen Ansichten der neuen Chefs nicht nahestehen, sicher nichts geschehen wird, sondern daß man mit ihnen reden wird so wie mit allen. Das ist die Antwort auf die Ehmke-Passage in der Jungfernerede des Herrn Dr. Karasek.

Ich möchte weiters sagen, daß das alles war. Ich habe nicht gesagt, daß sich irgend jemand strafbarer Handlungen schuldig gemacht hat. Das habe ich nirgends behauptet. Ich bin sogar der Meinung, daß eine Verbrennung von Papier in höherem Maße ein sehr verdienstvoller Akt der Verwaltungsreform sein könnte. Nur müßte man das dann generell und für alle Ministerien nach gleichen Richtlinien besorgen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Was nun den Vorwurf betrifft, daß ich dem „Spiegel“ ein Interview gegeben habe — ich bin nebenbei überzeugt, daß ihm diese Debatte in Österreich sicher nützen wird; das ist gar keine Frage —, so möchte ich darauf verweisen, daß zum Beispiel der Herr Bundeskanzler Dr. Gorbach unmittelbar nach seinem Amtsantritt ein solches Interview gegeben hat und daß sich jeder Bundeskanzler, wenn man der Meinung gewesen wäre, es sei interessant, einer solchen Einladung sicher nicht entzogen hätte, eben weil diese Zeitschrift eine so beträchtliche Verbreitung in einem als meinungsbildend qualifizierten Kreis in Österreich hat. (*Abg. Dr. Withalm: Bei Gorbach ohne dringliche Anfrage!*) Nur das habe ich gesagt; nur das, was hier steht, kann man diskutieren, und nicht das, was ich nicht gesagt habe.

Ich habe daher die österreichische Verwaltung auch nicht diffamiert. Ich habe nicht einmal den Minister genannt, sondern gesagt, daß ein Beamter diesen Auftrag bekommen hat. Ich habe außerdem nicht den Namen des Beamten genannt, um ihn zu schützen. Ich habe lediglich gesagt — nachgewiesen! —, daß es sich nicht um die Privatkorrespondenz gehandelt hat. Diese Schriftstücke habe ich hier aus Gründen der Diskretion gar nicht verwendet, weil ich der Meinung bin, es geht mich nichts an und geht auch die Öffentlichkeit nichts an, welche Privatbriefe jemand be-

kommen und welche er den anderen geschrieben hat. Es gibt also keinerlei Möglichkeit, hier eine Herabsetzung der Beamten herauszulesen.

Ich möchte aber gleichzeitig eines sagen, und zwar aus gegebenem Anlaß. Der Herr Abgeordnete Dr. Karasek hat gemeint, die Beamten erledigen die Subventionen und hätten daher dafür eine gewisse Verantwortung. Mag schon sein! Aber in dieser Bundesregierung, Hohes Haus, wird sich kein Ressortchef auf die Beamten seines Ressorts ausreden. (*Abg. Dr. Withalm: Früher auch nicht geschehen! Wann hat sich jemand auf einen Beamten ausge-redet?*) Für jede Subvention, die ein Ministerium gibt, wird der Minister hier die Verantwortung übernehmen, ob er es gewußt hat oder nicht, streng im Sinne des Gesetzes. So möchte ich nicht letztlich die Beamten für die Zuteilung der Subventionen verantwortlich machen.

Zu den Subventionen überhaupt möchte ich sagen, daß die Subventionierung von Vereinen eine durchaus nützliche Staatsaufgabe darstellt (*Zwischenrufe*); ja, aber nicht aller möglichen und unmöglichen Vereine, nicht solcher Vereine, deren Vorsitzende oder Verantwortliche sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben. Das darf man nicht, das sage ich ganz offen. Ich möchte weiters sagen, daß sich diese Subventionierung von gerechten Grundsätzen wird leiten lassen müssen. Das kann überhaupt keine Frage sein! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Abgeordnete Peter sagte, daß er die öffentliche Ausschreibung ürgiere. Es haben darüber bereits Besprechungen stattgefunden, und ich hoffe, bald in der Lage zu sein, die ersten Unterlagen für eine solche öffentliche Ausschreibung in dem Rahmen, innerhalb der Grenzen, die er hier angedeutet hat, vorzulegen.

Ich wiederhole: Ich habe nirgends einen strafbaren Tatbestand behauptet. Und ich möchte schließlich sagen — weil das die Nachwehen der Fragestunde waren —: Meines Wissens haben auch Regierungsmitglieder der ÖVP an internationalen Tagungen und Kongressen ihrer Bruderparteien immer teilgenommen. Das war üblich im In- und Ausland. Sie haben auch im Ausland den Fernseh- und Radiostationen Interviews gegeben. Ich bin der Meinung, daß ich das auch in Zukunft so handhaben soll. Ich bin aber auch in meiner Eigenschaft als Parteivorsitzender für alles, was ich sage, diesem Haus verantwortlich. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Doktor Withalm: Das letztere stimmt nicht! — Abg. Dr. Pittlermann: Da wehrt sich schon einer! — Abg. Dr. Withalm: Als Parteivorsitzender sind Sie nicht verantwortlich!*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Koren. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dr. **Koren** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf mich ganz kurz fassen.

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie einleitend bedauert haben, von hier oben nicht polemisieren zu dürfen, dann glaube ich, ist das doch nur eine bescheidene cour temporärer Enthaltsamkeit, die Sie hier üben müssen. Umso mehr, als Sie in Ihrem ganzen übrigen Verhalten, in Ihrer ganzen übrigen Öffentlichkeitsarbeit den Stil des Polemisierens geradezu zur Potenz erhoben haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Sie haben jetzt abschließend festgestellt, daß Sie in Ihrem Interview niemandem einen strafbaren Tatbestand nachgesagt haben. Das ist völlig richtig, Herr Bundeskanzler. Aber Sie haben unzählige Menschen in den Verdacht eines solchen strafbaren Tatbestandes gebracht *(Zustimmung bei der ÖVP — lebhafter Widerspruch bei der SPÖ)*, und das halte ich für viel gravierender als eine direkte, eine offene Aussprache. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Abgeordnete Peter heute festgestellt hat, daß die dringliche Anfrage die schärfste Waffe in einem Parlament sei und daß sie an diesem Fall vielleicht falsch angewendet sei, dann darf ich dazu nur eines sagen: Dieses „Spiegel“-Interview ist nur der Anlaß gewesen. Notwendig aber ist es, endlich einmal die Technik festzuhalten, die das „Spiegel“-Interview auszeichnet, und nicht nur in den zwei Fragen, Herr Bundeskanzler, die hier angeschnitten worden sind, sondern in seiner ganzen Länge, und weil die typisch sind für eine ganze Reihe anderer, ähnlicher Äußerungen, die der Herr Bundeskanzler in den letzten Wochen abgegeben hat und von denen wir auch heute in der Fragestunde eine recht bemerkenswerte Kostprobe bekommen haben.

Denn, Herr Bundeskanzler: Gibt es jetzt in Ihrer Bundesregierung eigentlich Pressereferenten oder gibt es keine? Wir haben den Eindruck bekommen, es gibt scheinbar keine. Offenbar arbeiten jene Herren, die in den einzelnen Ressorts sitzen, ehrenamtlich für Ihre Bundesregierung — vielleicht! *(Abg. Konir: Als Beamte und nicht als Vertragsangestellte!)* Konkrete Frage: Arbeitet der Pressereferent des Herrn Finanzministers als Beamter? — Nein, er hat einen Sondervertrag. *(Abg. Haberl: Von Ihnen!)* Nein, nicht von mir. Meinen hat er nicht übernommen, Herr Kollege, der ist selbstverständlich gegangen. Er hat einen neuen mitgebracht. Durchaus berechtigt! Herr Abgeordneter, damit kein Mißverständ-

nis entsteht: Ich finde gar nichts daran, daß sich die Herren auch dieser Bundesregierung der Pressereferenten bedienen. Schließlich müssen sie laufend Pressekonferenzen abhalten, in denen zwar nicht übermäßig viel ausgesagt wird, aber doch die Runden überwunden werden müssen. Und dazu braucht man Hilfskräfte. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das „Spiegel“-Interview ist aber jedenfalls nur ein Mosaiksteinchen in der ganzen Verhaltensweise, die wir feststellen konnten, und ich glaube, daß der Herr Bundeskanzler zwar bisher über die Absichten, über die Aufgaben, über die Zielsetzungen seiner Minderheitsregierung sehr viel geredet und geplaudert hat, aber herzlich wenig wirklich ausgesagt hat. Von den großen Alternativen ... *(Zwischenruf des Abg. Horr.)* — Herr Präsident Horr, lesen Sie Ihre eigenen Programme; ich tat's zum Unterschied von Ihnen. — Von diesen großen Alternativen und von diesen vielen Programmen ist heute — wir haben es in der Fragestunde wieder gesehen — kaum etwas übriggeblieben *(Abg. Konir: So wie vom Koren-Plan nichts übriggeblieben ist!)* außer den Sprüchen, den Redensarten *(Abg. Lukas: Reden Sie doch zur dringlichen Anfrage!)* — ich komme sofort dazu, Herr Abgeordneter, ein kleines Quentchen Geduld —, die offenbar die im Wahlkampf sehr hoch geschraubten Erwartungen wieder auf die Sparflamme der Normalverbraucher reduzieren sollen. Weil aber offenbar der Herr Bundeskanzler mit seiner Minderheitsregierung dabei ist, die Suppe der Regierungspolitik nun mit etwas verdünntem Wasser zu kochen, als es im Wahlkampf verwendet wurde *(Abg. Konir: Herr Professor! Was ist das, „verdünntes Wasser“?)*, und sie nicht wird umhin können, ihren Wählern gar manche herbe Enttäuschung zu bereiten, setzt Herr Doktor Kreisky auf die Ablenkungswirkung einer sehr breit gestreuten Diffamierungskampagne, die er höchstpersönlich und in seinem ureigenen Stil des Redens ohne konkreten Inhalt, aber mit umso mehr unterschwelligem Verdächtigungen vorantreibt.

Und, Herr Bundeskanzler, heute haben Sie einen neuen Gag an diese Reihe angefügt. Sie haben, glaube ich, als erster Bundeskanzler, als erster Vorsitzender irgendeiner Regierung auf dieser Welt im Koloniakübel gewählt und die Brandasche ausgegraben. *(Lebhaft Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Sekanina: Das ist ein erschreckendes Niveau!)* Herr Abgeordneter Sekanina! Ihr Niveau erreiche ich noch mit verbundenem Mund. *(Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Konkrete Angaben, irgendwelche Zahlen, irgendwelche Beweise für diese hingestreuten

Dr. Koren

Bemerkungen braucht der Herr Bundeskanzler nicht. Er will ja niemanden konkret verdächtigen, er will ja nur ein bißchen unter die Haut wirksam werden. Wichtig ist nur, daß jenen, über die er plaudert, eins ausgewischt wird, daß an ihnen etwas hängenbleibt und daß damit von seiner eigenen Regierung abgelenkt wird — was er dringend braucht.

Wenn er heute etwa dem „Spiegel“ erklärt, die Sozialisten könnten nun erst sehen, daß von der Alleinregierung eine beträchtliche indirekte Parteifinanzierung betrieben worden ist ... (Abg. *Ulbrich*: Für's erste zehn Millionen!) Zehn Millionen für die Akademikerhilfe. Und wissen Sie wofür? Für den Bau von Studentenheimen. Ich nehme dankbar zur Kenntnis, daß Ihre Fraktion den Bau von Studentenheimen ablehnt. (Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wenn diese Bemerkung aber so hingestreut und hingeworfen wird, so reicht eine solche Behauptung, vom Bundeskanzler ausgesprochen, wie ich glaube, völlig aus (Abg. *Sekania*: Einseitige Dotierungen waren das!), um die frühere Regierung unkorrekter, unsachlicher oder sogar ungesetzlicher Handlungen zu verdächtigen. (Abg. *Ulbrich*: Wie war das mit dem Herrn Müllner?) Mehr braucht man gar nicht sagen. Denn wer fragt denn schon — und Sie auch nicht, meine Damen und Herren — nach konkreten Angaben? Wer fragt denn und wer wird sich denn von den Lesern und Hörern einer solchen Behauptung noch daran erinnern, daß Sie, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren unzählige Male Subventionsberichte verlangt und bekommen haben? Wer wird denn daran denken, daß es in diesem Staat einen Rechnungshof gibt, der eine sehr genaue Kontrolle gerade in diesem Bereiche ausübt? Wer wird denn da noch fragen? Hauptsache ist, es bleibt ein bißerl was hängen, und hoffentlich dementiert der Betreffende, denn dann muß ja erst recht etwas dran sein. So wird also Rufmord und wird Verdächtigung betrieben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Oder: Wie grauenvoll und schrecklich muß die Personalpolitik der abgetretenen Regierung gewesen sein, wenn Herr Dr. Kreisky dem „Spiegel“-Interviewer sagen muß, daß er kaum einen sozialistisch denkenden hohen Beamten in Österreich gefunden hat. (Ruf bei der SPÖ: Stimmt's vielleicht nicht?) Nun, ich möchte Ihnen gern aus dem Handgelenk ein paar Dutzend aufzählen, die sogar in den letzten vier Jahren in ihre Spitzenpositionen aufgerückt sind. Aber darum geht es doch gar nicht. (Abg. *Sekania*: Für Sie geht es nicht darum!) Es geht darum, mit dieser hingeworfenen Bemerkung den Eindruck zu erwecken, daß es eben in der Vergangenheit grauenvoll zugegangen sein muß. (Abg.

R. Weiss: Vom Finanzministerium eine Handvoll Beamte! Fangen Sie an!) Herr Abgeordneter Weiss ... (Abg. *Sekania*: Reden Sie nicht immer herum! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ich bin gerne bereit, auf jeden Zwischenruf einzugehen, nur nicht auf zehn gleichzeitig, das ist physisch nicht möglich. (Abg. *Sekania*: Von Ihrem Ministerium nennen Sie die Beamten!) Wie viele sind denn die zehntausende Wähler bei den Personalvertretungswahlen? (Abg. *R. Weiss*: Reden Sie nur vom Finanzministerium!) Sind die plötzlich alle zur ÖVP übergelaufen, sind die plötzlich alle verschwunden, existieren sie nicht mehr? Wollen Sie im Ernst behaupten, daß es in der österreichischen Bundesverwaltung — das wird Freund Ulbrich sehr kränken, wenn Sie das behaupten wollen — keine Sozialisten mehr gäbe? Die sind doch nicht davongelaufen! (Abg. *Robert Weiss*: Wir wollen die hohen Beamten vom Finanzministerium wissen, von Ihrem Ministerium! Nennen Sie mir ein paar hohe Beamte!)

Herr Abgeordneter! Ich kann nichts dafür, daß es keine Qualifizierten in diesem Bereich gibt. (Abg. *R. Weiss*: Das ist eine Diffamierung, das ist eine Gemeinheit so etwas!)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren, sich etwas zu mäßigen und Fragen vom Rednerpult zu stellen. Die Debatte kann auch so geführt werden.

Abgeordneter Dr. **Koren** (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Wie schrecklich muß doch wohl diese Regierung gewesen sein ... (Abg. *R. Weiss*: Die waren nicht qualifiziert!) Herr Abgeordneter ... (Abg. *R. Weiss*: Das ist doch eine Gemeinheit, so etwas zu sagen!) Was denn? (Abg. *R. Weiss*: Weil sie nicht vom CV waren, waren sie nicht qualifiziert!) Das habe ich nicht behauptet, Herr Abgeordneter. Ich habe nicht behauptet, daß nur unsere Leute qualifiziert wären. Drehen Sie mir nicht das Wort im Mund um! (Abg. *Sekania*: Das haben Sie behauptet! — Abg. *R. Weiss*: Sie verwechseln nämlich das Parlament wahrscheinlich mit einer Hochschule!) Herr Abgeordneter! Ginge es auf einer Hochschule so zu, dann wäre mir das ein Vergnügen.

Präsident **Probst**: Ich bitte, den Redner reden zu lassen!

Abgeordneter Dr. **Koren** (fortsetzend): Wie schrecklich, meine Damen und Herren, müssen aber wohl die Untaten dieser Regierung gewesen sein, wenn Herr Dr. Kreisky nur so ganz nebenbei hinplätschern muß, es sei noch nie so viel verbrannt worden, und die Öfen rauchen noch immer. Wer wird auch hier

Dr. Koren

— die Unterlagen wurden uns ja zwischen zarten Fingern präsentiert — schon fragen, was überhaupt und ob etwas verbrannt worden ist. Der hingeplätscherte Satz soll doch lediglich die ganze Phantasie des Zuhörers anregen über das, was hier offenbar an Schrecklichem geschehen sein muß.

Wir haben heute gehört, daß jetzt endlich auch der Wissenschaft geholfen werden muß. Die Minderheitsregierung braucht keine Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit und für die Information. Der Herr Bundeskanzler wird das ersparte Geld der Wissenschaft zur Verfügung stellen. So wie er heute sagte: Sofern noch etwas von den präliminierten Mitteln übrig ist, sofern sie nicht schon ausgegeben sind.

Sicherlich wird niemand fragen, ob die Pressereferenten des Herrn Bundeskanzlers und seiner Minister ehrenamtlich oder sonstwie tätig sind, ob die Pressekonferenzen, ob die Öffentlichkeitsarbeit dieser Bundesregierung nun gratis geführt werden wird. Sollte sich herausstellen, daß für die Wissenschaft nicht sehr viel übrigbleibt — voilà, die vergangene Regierung ist natürlich schuld.

Ich glaube deshalb, Herr Bundeskanzler, es soll nur eine Mahnung gewesen sein, ein Hinweis darauf, daß diese Art von Öffentlichkeitsarbeit, wie Sie sie betreiben — im Stil der laufenden Verdächtigung, nicht der wirklichen Anklage, sondern der unterschweligen Verdächtigung der vergangenen Regierung, Ihrer großen Oppositionspartei —, daß dieser Weg nicht ewig weitergegangen werden kann. So mühsam es auch sein mag: Sie werden irgendwann in der nächsten Zeit umschalten müssen. Sie sind heute nicht mehr Oppositionsführer, sondern Regierungschef. Von diesem Regierungschef erwartet die österreichische Öffentlichkeit nicht diffamierende Plaudereien, sondern ernste Arbeit, wenn diese Arbeit auch schwerfallen sollte. (*Beifall bei der OVP.*)

Präsident Probst: Meine Damen und Herren! Ich muß dem Herrn Abgeordneten Robert Weisz für den Ausdruck „Gemeinheit“ den *Ordnungsruf* erteilen. Ich bitte Sie aber gleichzeitig, sich bei den Zwischenrufen nicht in Zwischenreden zu betätigen, Fragen vom Rednerpult zu stellen und sich bei den Zwischenrufen etwas zu mäßigen.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Ich habe mir vorgenommen, so weit das möglich ist, nichts unwidersprochen zu lassen, was des Widerspruches bedarf. Ich will daher feststellen, daß meine Äußerung bezüglich der Subven-

tionierung der Akademikerhilfe in keiner Weise so ausgedeutet werden kann — denn sie ist auch in diesem Sinne nicht gemacht worden —, als wollte ich mich gegen die Errichtung von Studentenheimen wenden (*Widerspruch bei der OVP*), sondern ich habe festgestellt, daß für die der OVP nahestehende Institution 10 Millionen Schilling vorhanden waren und für die der Sozialistischen Partei 100.000 S. Das habe ich mit „indirekter Parteifinanzierung“ gemeint.

Zweitens möchte ich feststellen — ich hätte sehr vieles festzustellen, aber ich werde mich nur auf einiges konzentrieren —: Der ehemalige Finanzminister zitiert auch bei so wenigen Sätzen nicht immer ganz korrekt. Ich habe nirgends gesagt, daß es kaum einen Beamten in den Ministerien gegeben hat, sondern — ich wiederhole es zum vierten Mal —: „Es gibt in den meisten Ministerien“ — „meisten“ ist die Mehrheit — „keinen einzigen Spitzenbeamten, der den politischen Gedanken des neuen Chefs nahesteht.“ — Das ist eine Feststellung, die jederzeit belegt werden kann.

Ich möchte weiter über die Öffentlichkeitsarbeit gleich feststellen, damit hier nicht ein falscher Eindruck entsteht: Ich habe in der Regierungserklärung und bei späteren Pressekonferenzen — sie mögen sehr inhaltslos sein, sie haben aber viele Spalten der österreichischen Presse gefüllt, nicht aus Gefälligkeit, sondern weil sie offenbar einem Informationsbedürfnis entsprochen haben — immer erklärt: Die Regierung wird größten Wert darauf legen, daß ihre Politik der österreichischen Öffentlichkeit bekannt wird, aber sie wird sich, um das zu erreichen, nicht der Werbemethoden, wie es — das sagte ich ausführlich — Annoncen, Postwurfsendungen oder Plakate sind, bedienen. Daß es die normale Besetzung geben wird, wie es sie bis 1966 in den Ministerien gegeben hat, habe ich ausdrücklich erklärt.

So möchte ich sagen, daß auch die zweite Bemerkung ungenau war, obwohl es sich, wie gesagt, in diesem Fall nur um zwei Zeilen gehandelt hat. Ich habe nicht gesagt: „Die Ofen rauchen noch immer“, sondern ich habe gesagt: „In den Ministerien ist noch nie so viel verbrannt worden wie bei diesem Regierungswechsel. Alle Ofen brennen.“ (*Zwischenrufe bei der OVP.*) Ich habe erklärt, daß es hätte heißen sollen: „brannten“.

Was die Ermahnung des Herrn Abgeordneten Dr. Koren betrifft, zu ernster Arbeit zu kommen, so kann ich Ihnen versichern, daß es diese ernste Arbeit gibt, daß es sie in ganz besonderem Maße angesichts dessen

Bundeskanzler Dr. Kreisky

geben muß, was wir übernommen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **DDr. Pittermann** (SPÖ): Hohes Haus! Ich weiß nicht, warum den Fragestellern erst das Interview mit dem Herrn Bundeskanzler im „Spiegel“ über den dort zum Vorschein gekommenen Tatbestand aufgefallen ist. Ich habe vor mir einen Ausschnitt aus den „Salzburger Nachrichten“ vom 2. Mai 1970 mit der Überschrift „Verbrannte Erde und heißer Draht“. Das ist nicht ein Interview, sondern ein Artikel des Redakteurs Hubert Feichtlbauer. Da heißt es gleich in der ersten Spalte unten:

„Leute, die am Tag des Regierungswechsels im Regierungsgebäude auf dem Wiener Stubenring aus- und eingingen, klopfen sich hinterher die Asche aus den Kleidern.“ — (Heiterkeit bei der SPÖ.) Moment! — „Die Aktenverbrennungsanlagen waren von Handelsminister Otto Mitterer bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beansprucht worden.“ — (Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. **Peter**: Den ganzen Winter, Herr Abgeordneter!)

Das war ein Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ vom 2. Mai 1970. — Nein, Herr Abgeordneter **Peter**, der Artikel beginnt ganz eindeutig mit dem Satz: „Nun ist sie schon fast zwei Wochen im Amt, die neue Regierung ...“ Also das kann nicht im Winter gewesen sein. Die Regierung hat ihr Amt am 21. April 1970 angetreten.

Es ist also verbrannt worden, wie es österreichische Zeitungen geschildert haben. Und, Herr Kollege **Glaser**: Wir kennen uns doch lange genug; das haben doch Sie nicht notwendig, daß Sie sagen: Man kann irgendwo Papierln anbrennen und dann damit herkommen. Es ist Ihnen ja vorgelesen worden, daß darüber ein Aktenvermerk angelegt worden ist. Der Herr Bundeskanzler hat die Namen der Beamten nicht genannt, aber es ist Ihnen freigestellt, in den Aktenvermerk Einsicht zu nehmen. Sie können sich die Namen der Beamten aufschreiben und sie auch selber fragen, ob sie das gemacht haben.

Es war das auch keineswegs ein Stieren in einem Koloniakübel, wie uns das der Herr Abgeordnete **Dr. Koren** hier so drastisch geschildert hat. (Abg. **Preußler**: Hochschulprofessor!) Ich weiß nicht, woher seine Neigung gerade für diesen an sich nützlichen Gegenstand kommt. Es ist einfach von Beamten der Gebäudeverwaltung des Handels-

ministeriums dieser Aktenvermerk angelegt worden, und es sind die Papiere dazugegeben worden.

Herr **Dr. Karasek**! Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß es Ihnen als Beamten nicht bewußt ist, daß Kopien genau denselben Bestimmungen hinsichtlich der Amtsverschwiegenheit, des Mißbrauchs et cetera unterliegen wie die Originale. (Abg. **Kern**: Verbrennen kann man es!) Es ist hier ein Akt, und es sind dies keine Privatpapiere. Es sind amtliche Akten! (Abg. **Mitterer**: Herr Doktor! Es sind fünf Schriften, und die Originale liegen im Akt! So ist die Wahrheit! Sie können das jederzeit überprüfen!) Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter **Mitterer**! Es trifft außerdem auf einen Zeitraum zu, für den gar nicht Sie die Verantwortung tragen. (Abg. **Mitterer**: Ja eben, es sind gar nicht meine Akten!) Aber wieso werden dann im Ministerium in dem gleichen Akt das Original und die Kopien aufgehoben? Wozu macht man denn dann die Kopien, wenn man das Original sowieso im Akt hat? (Abg. **Mitterer**: Die Kopien werden von jedem Akt des Außenamtes gemacht, und das trifft gar nicht meine Zeit, sondern die vorige, und die Originale liegen vor!) Ja eben, daher sind in Ihrem Akt im Handelsministerium gar nicht die Originale. Herr Minister **Mitterer**! Sie wissen jetzt auf Grund Ihrer langjährigen Ministertätigkeit, daß diese Kopien selbstverständlich genauso als Akten gelten, und zwar als amtliche Dienststücke, wie die Originale.

Es ist hier einfach verbrannt worden. Wenn gesagt wurde, es wäre skartiert worden, so ist das möglich. Auffällig ist nur, daß gerade zu dem Zeitpunkt skartiert wurde, wo der Minister das Amt verlassen hat, und er nicht schon früher die Notwendigkeit des Skartierens erkannt hat. Dies müßte ja gegeben sein, wenn das zuträfe.

Hohes Haus! Nun ist hier heute über die Frage der Subventionen nicht zum ersten Mal geredet worden. Wenn hier gesagt wurde, Sie haben Auskunft gegeben, so kann ich Ihnen sagen: Schwer genug war es manchmal, die Auskunft zu erhalten. (Abg. **Machunze**: Vorher haben wir ja gar keine gekriegt!) Man hat viele Vorerhebungen machen müssen, bis man so an die diversen Gründe herangekommen ist. Herr Abgeordneter **Machunze**! Lesen Sie das Protokoll der 102. Sitzung vom 16. Mai 1969, wo wir eine dringliche Anfrage an den damaligen Unterrichtsminister **Doktor Piffl** einbringen mußten, weil er eine Anfragebeantwortung durch mehr als vier Monate verzögerte und dann sagte, er habe nicht die Beamten, um dem Haus einen Bericht geben zu können, welche Subventionen sein Haus

DDr. Pittermann

erteilt hat und an wen. Das können Sie nachlesen, das ist hier! (*Abg. Machunze: Der Bericht ist ja dann gekommen!*)

Sie können auch genau nachlesen, was der damalige Abgeordnete Androsch über die Praxis bei der Vergabe von Subventionen an die Akademikerhilfe für den Bau von Studentenheimen und an die Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten beziehungsweise für das Kuratorium Dr. Adolf Schärf für den Bau von Studentenheimen gesagt hat. Herr Kollege, ich empfehle Ihnen also, das im stenographischen Protokoll, Seite 8167, nachzulesen. Sie werden dann keinen Augenblick im Zweifel sein können, Herr Dr. Koren, daß hier keineswegs der Bau von Studentenheimen kritisiert wurde, sondern nur das Füllhorn, das dann ausgeleert wurde, wenn es sich um Studentenheimbauten der Akademikerhilfe gehandelt hat, und die Groschenbeträge in effigie, wenn es sich um andere gehandelt hat. Wir haben ja die ganze Liste komplett. Es ist keine Rede davon, daß von uns beanstandet wurde, daß hier Studentenheimbauten irgendwie als unnötig hingestellt wurden. Nur das Ausmaß pro Bett, das gebaut wurde, war etwas sehr ungleichmäßig. Wir werden sicherlich darauf zurückkommen.

Schließlich, Herr Abgeordneter Dr. Koren, meinen Sie: Ja, wozu ist verdächtigt worden? Ich muß ehrlich sagen: Ich sehe gar keine Verdächtigung. Es ist die Aufgabe und das Recht der Opposition, öffentliche Rechnungslegung zu verlangen. Wir haben das für uns in Anspruch genommen und anerkennen selbstverständlich das auch als Ihr Recht. Sie werden doch anerkennen, daß wir, wenn wir jetzt die stärkste Partei in diesem Hause sind, doch auch verlangen können, daß Rechenschaft abgelegt wird für Taten, für Handlungen der früheren Regierung, über die bisher noch nicht berichtet wurde. Über viele Subventionsvergaben ist im einzelnen bisher nicht berichtet worden. Es haben Kollegen zum Beispiel dazwischengerufen: Gemeinde Wien. Dies, obwohl Sie im Gemeinderat gesessen sind und genau wissen müssen, daß nach der Verfassung der Stadt Wien jede Subvention durch den Finanzausschuß gehen muß. Dafür gestimmt haben sie auch noch im Finanzausschuß, weil sie dort in der Koalition gesessen sind. (*Abg. Machunze: Da gibt es Hintertürln, eine ganze Menge!*) Und wenn Sie jetzt das Heim in der Albertgasse beansprucht haben, so wissen Sie ganz genau (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), daß das ein Wiedergutmachungsfall aus dem Jahre 1934 war. Deshalb haben Sie auch dafür gestimmt.

Aber lassen wir, wie es in anderen gesetzgebenden Körperschaften zugeht. Wir hier

haben es doch sehr einfach: Das Rechnungshofgesetz, Hohes Haus, gibt doch dem Nationalrat die Möglichkeit, vom Rechnungshof auch neben den normalen Einschau- und Rechnungsabschlußberichten für Sondergebühren Berichte zu verlangen. Geben wir also einfach dem Rechnungshof den Auftrag, über die Vergabe der Subventionen, über die Verwendung der an die Vereine vergebenen Subventionen und unter Umständen auch über die personelle Zusammensetzung des Vereinsvorstandes, aus der sich ja auch gewisse Schlüsse auf die Richtung ziehen lassen, in die die Subventionen gegangen sind, zu berichten. (*Zwischenruf des Abg. Machunze*.) Machen wir das. Wir haben nicht das geringste dagegen. Wir können das allein nicht beschließen. Meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen des Hohen Hauses! Ich richte an Sie den Appell: Stellen wir einen solchen Antrag auf Überprüfung an den Rechnungshof. Wenn die Tatbestände vorliegen, die der Rechnungshof feststellte, dann werden Sie nicht mehr von unterschwelligen Verdächtigungen reden können, sondern dann haben Sie schwarz auf weiß, was geschehen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mitterer.

Abgeordneter **Mitterer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur folgendes klarstellen:

Berichte vom Außenamt in Richtung oder in bezug auf die Integration und hinsichtlich von Verhandlungen im Ausland, die an uns gelangen, wurden alle unisono in der Sektion I ordnungsgemäß zur Ablage gebracht. Sie können auch jederzeit die Richtigkeit meiner Worte überprüfen. Sollten sich nämlich auf solchen Fragmenten noch die Aktenzahlen feststellen lassen, so würde sich dann jederzeit die Möglichkeit ergeben, im Hause, also im Handelsministerium, festzustellen, daß sich diese Schriftstücke im zuständigen Akt befinden. Zur rascheren Information des Ministers — weil manchmal eine rasche Disposition notwendig war — sind weitere Kopien an mich gelangt. Das Unikat liegt beim Außenamt, Kopien gingen an das Bundeskanzleramt und an das Handelsministerium, und eine weitere Kopie zur raschen Information an den Minister.

Es ist ohneweiters möglich, Herr Dr. Pittermann, daß diese Berichte beziehungsweise Telex im Akt liegen, daß ich mir aber gestattete, die Kopie, die zu meiner raschen Information gemacht wurde, zu vernichten. Ob ich sie gleich vernichte oder nach Ablauf

Mitterer

einer bestimmten Zeit, ist völlig mir überlassen; es ist daher keine Wegnahme. (*Abg. Dr. Pittermann: Die waren aus dem Jahre 1964!*) Einen Moment, ich komme schon darauf zurück.

Die gleichen Vorgänge sind auch bei meinem Vorgänger gewesen. Der Titel des Ministeriums hat ja gelautet „für Handel und Wiederaufbau“; das war also zu einer Zeit, wo ich noch lange nicht im Amt war. Auch damals wurden die Informationen beziehungsweise die Telex in der Sektion I, in der handelspolitischen Abteilung, abgelegt, und zur raschen Information des Ministers ging eine Kopie an ihn. Ich glaube, es ist damit völlig ordnungsgemäß vorgegangen worden, indem alle Berichte unisono auch heute noch nachweisbar in den Ablagen bestehen, die rasche Information aber vernichtet wurde, wie das üblich ist. Es ist also gar nichts verbrannt worden, was jemand nicht sehen soll, denn dann hätte es gleichzeitig im Außenamt, im Bundeskanzleramt und im Handelsministerium vernichtet werden müssen. Im übrigen können Sie die Richtigkeit meiner Behauptungen durch eine Nachschau unter den jeweiligen Zahlen jederzeit überprüfen. Ich glaube also, das ist völlig korrekt.

Und daß ich meine politische Korrespondenz meinem Nachfolger übergebe, das können Sie von mir wohl nicht verlangen. Im Sozialministerium waren auch die Stellagen leer, wie die Frau Minister Rehor dort eingezogen ist. Das hat sich dort ja auch nicht in Luft aufgelöst, vielleicht ist es nur gründlicher verbrannt worden. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Es ist jedenfalls ganz genauso vorgegangen worden. Das stelle ich auch fest.

Es ist also nicht so, daß auch nur ein einziges Amtsstück, das in irgendeiner Weise einen amtlichen Charakter hat, von mir vernichtet wurde, sondern alle diese Unterlagen

sind ordnungsgemäß in den jeweiligen Sektionen vorzufinden. Nur die Kurz- und Raschinformation werde ich mir doch wohl erlauben, da sie nur für mich bestimmt war, auch zu vernichten, weil ein Aussortieren viel zu lange dauern würde. Es ist also gar nichts geschehen, was nicht völlig korrekt ist und jederzeit gedeckt werden kann. Das wollte ich nur klarstellen, damit hier nicht die Behauptung im Raume schwebt, es seien Informationen einer Vernichtung zugeführt worden, die irgendeinen Informationswert für die ordnungsgemäße Führung des Amtes haben. Ich danke. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ulbrich: An Asch'n! — Heiterkeit. — Abg. Mitterer, zum Rednerpult zurückkehrend: Wie bitte?*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Der Redner hatte das Rednerpult verlassen. Bitte nicht mehr zu diesem zurückzukehren, sonst muß ich Ihnen noch einmal das Wort erteilen. Das geht nicht.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. **Kreisky**: Zu dieser Feststellung des Herrn Abgeordneten Mitterer möchte ich sagen, daß diese Art, wenn sich die Dinge so abgespielt haben, jedenfalls insofern unzweckmäßig gewesen ist, weil dadurch ein Dokument „Streng vertraulich“ und ein anderes Dokument „Verschluß“ in die Öffentlichkeit gelangt sind. (*Abg. Dr. Kotzina: Schlecht verbrannt! — Abg. Mitterer: Ich kann nicht bei jedem Dokument dabeistehen!*)

Präsident **Probst**: Meine Damen und Herren! Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 45 Minuten